

Breithaupt

SAMMLUNG VON ENTSCHEIDUNGEN
AUS DEM SOZIALRECHT

12 · 2024 JAHRESINHALTSVERZEICHNIS



Antwort auf wichtige Rechtsfragen.



WWW.BOORBERG.DE

Demenz Rechtsratgeber Praxisleitfaden mit Handlungs- empfehlungen und Fallbeispielen hrsg. von Sigrun von Hasseln-Grindel, Rechtsanwältin, Vors. RichterIn am Landgericht a.D.

2025, 384 Seiten, € 34,-
ISBN 978-3-415-07668-6



Leseprobe unter
www.boorberg.de/9783415076686

Wird eine Demenz festgestellt, wirkt sich das für die betroffene Person, für ihre Angehörigen und für ihr soziales Umfeld auf nahezu alle Lebensbereiche aus.

Der neue Ratgeber behandelt umfassend die im Zusammenhang mit Demenz auftretenden Rechtsfragen sowie Haftungsfragen von Aufsichtspersonen, Fragen zur Ausbildung von Pflegefachkräften und zum Einsatz von Pflegerobotern.

Fachübergreifend verknüpft der Wegweiser erstmals medizinische, soziale, rechtliche und ethische Fragen rund um das Thema Demenz. Alle Autoren verfügen über langjährige Erfahrung in ihrem Fachgebiet: Juristen, renommierte Fachärzte, anerkannte Demenz-Pflegefachkräfte, Betreuer, Pädagogen, (sachkundige) Angehörige etc.

BOORBERG

RICHARD BOORBERG VERLAG
BESTELLUNG@BOORBERG.DE

TEL 0711/7385-343 FAX 0711/7385-100

SC1124

Breithaupt

12/2024

113. Jahrgang
DEZEMBER 2024

Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht

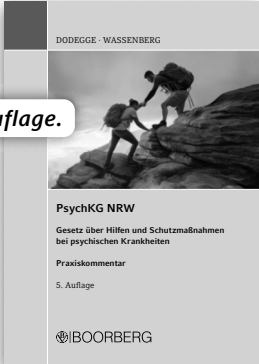
Begründet 1912 von Geh. Regierungsrat
Hermann Breithaupt, weiland ständiges
Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Susanne Kunz, Richterin am Bayerischen Landessozialgericht
Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG,
Stuttgart · München · Hannover · Berlin · Weimar · Dresden

JAHRESINHALTSVERZEICHNIS

Registerheft 12/2024

Bitte beachten: Beim Binden des Jahrgangs werden diese ersten zwei Seiten (A und B) mit dem Umschlag zusammen entfernt. Der gebundene Jahrgang 2024 beginnt mit dem nachfolgenden Titelblatt S. I, II (Heft 12/2024); nach dem Jahresinhaltsverzeichnis S. III ff. (Heft 12/2024) folgen die Hefte 1/2024 bis 11/2024. Die Seiten I bis VIII der Hefte 1 bis 11/2024 werden vorher jeweils entfernt.



**Weit mehr als ein
Praxiskommentar!**

AUCH ALS
E-Book

WWW.BOORBERG.DE

PsychKG NRW
Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten
Praxiskommentar

von Georg Dodegge, Richter am Amtsgericht Essen als weiterer Aufsicht führender Richter a.D., und Jan Waßenberg, Richter am Amtsgericht Essen

2025, 5., neu bearbeitete Auflage,
480 Seiten, € 56,-

ISBN 978-3-415-07491-0



Leseprobe unter
www.boorberg.de/9783415074910

Der Praktikerkommentar bietet umfassende Informationen zum Unterbringungsverfahren und kompakte Erläuterungen zum PsychKG NRW. Die 5. Auflage berücksichtigt die jüngste Gesetzesreform zum Betreuungsrecht mit dem Vorrang für Wunsch und Willen der betreuten Person. Zudem sind die Regeln zur ärztlichen Zwangsbehandlung erweitert dargestellt. Auch die Frage der Kosten und wer sie zu tragen hat, wurde überarbeitet.

In Teil A des Buches ist in erster Linie die Unterbringung nach dem PsychKG NRW, aber auch die Unterbringung durch den Betreuer, durch den Bevollmächtigten, durch den Betreuungsrichter, nach dem Freiheitsentziehungsrecht, nach Strafrecht und nach dem Polizeirecht jeweils grundrissartig dargestellt. In Teil B ist das PsychKG NRW kommentiert. In beiden Teilen ist die bis September 2024 veröffentlichte Rechtsprechung berücksichtigt.

 **BOORBERG**

RICHARD BOORBERG VERLAG
BESTELLUNG@BOORBERG.DE

TEL 07 11/7385-343 FAX 07 11/7385-100

SC1224

Breithaupt

Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht

Begründet 1912 von
Geh. Regierungsrat Hermann Breithaupt,
weiland ständiges Mitglied des Reichsversicherungsamtes

Schriftleitung: Hans Peter Spiegl
Vorsitzender Richter am Bayerischen Landessozialgericht

113. Jahrgang

2024

 **BOORBERG**

Inhaltsübersicht

Entscheidungen (Leitsätze)	III–L
Entscheidungen (nach Gericht und Verkündungsdatum)	LI–LIV
Sachregister (alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)	LV–LX
Abkürzungen	LXI–LXVI
Entscheidungen (Hefte 1–11)	1–1004

Breithaupt Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Breith.)

Schriftleitung: Susanne Kunz, Richterin am Bay. LSG, München

Die Zeitschrift erscheint am 25. jeden Monats; Bezugspreis EUR 273,60 jährlich einschließlich Versandspesen, Einzelheft EUR 27,– zuzüglich Versandspesen. Die Berechnung des Abonnements erfolgt jährlich im Voraus. Eine Abbestellung wird, wenn sie spätestens 6 Wochen vor Jahresschluss dem Verlag vorliegt, zum Ende des Jahrgangs wirksam.

Alle Urheber- und Verlagsrechte, ausdrücklich auch die Auswertung für Datenträger, die Vervielfältigung jeder Art oder der Nachdruck bleiben vorbehalten. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag alle ausschließlichen Verlagsrechte für die Zeit des Bestehens des Urheberrechts. Diese umfassen insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank, verbunden mit dem Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung (online oder offline) zu gewerblichen Zwecken ohne zusätzliche Vergütung. Das ausschließliche Recht an einer elektronischen Version erwirbt der Verlag ohne zeitliche Begrenzung.

Die Nutzung sämtlicher Inhalte für das Text- und Data Mining ist ausschließlich dem Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG vorbehalten. Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b Abs. 2 UrhG ausdrücklich.

Satz: Meta Systems Publishing & Printservices GmbH, Demex Allee 1, 14641 Wustermark; Druck und Verarbeitung: Liskow Druck und Verlagsgesellschaft mbH, Oldenburger Allee 23, 30659 Hannover. Anschrift für Bestellungen sowie für alle Zuschriften an Schriftleitung und Verlag: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Levelingstraße 6a, 81673 München; Telefon (0 89) 43 60 00-20; Telefax (0 89) 4 36 15 64; Internet: www.boorberg.de; E-Mail: mail@boorberg.de. Anfragen gemäß EU-Verordnung über die allgemeine Produktsicherheit (EU) 2023/988 (General Product Safety Regulation – GPSR) richten Sie bitte an: Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG, Produktsicherheit, Scharstraße 2, 70563 Stuttgart; E-Mail: produktsicherheit@boorberg.de. – Anzeigenpreisliste Nr. 8 vom 1. 1. 2023 ist zurzeit gültig, verantwortlich für den Anzeigenteil: Dieter Müller, Richard Boorberg GmbH & Co KG, Scharstraße 2, 70563 Stuttgart; Telefon (07 11) 73 85-0, Telefax (07 11) 7 38 51 00, E-Mail: anzeigen@boorberg.de.

ISSN 0342-2003

Entscheidungen (Leitsätze)

(geordnet nach Rechtsvorschriften)

Sozialgesetzbuch I – Allgemeiner Teil –

§ 30 SGB I s. §§ 18, 19 Abs. 6, 25 SGB XII *Breith. 2024, 687*

§ 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I s. §§ 36 Abs. 1 Satz 2, 36a SGB II *Breith. 2024, 164*

§ 36a Abs. 1 und Abs. 2 SGB I; § 36 SGB X; § 66 Abs. 1 und Abs. 2,
84 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3, 170 Abs. 2 Satz 2 SGG

Wenn im Briefkopf eines Bescheids die E-Mail-Adresse der Behörde angegeben ist, muss eine vollständige Rechtsbehelfsbelehrung jedenfalls seit dem 1.1.2018 auch einen Hinweis auf die Möglichkeit der Einlegung des Widerspruchs in elektronischer Form beinhalten.

BSG, Urt. v. 27. 9. 2023 – B 7 AS 10/22 R – *Breith. 2024, 998*

§ 36a Abs. 2 SGB I s. § 9 SGB X *Breith. 2024, 276*

§ 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I; §§ 35 Abs. 1 Satz 3, 50 Abs. 1,
66 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 SGB X; §§ 421 Satz 1, 426, 1922, 1967 Abs. 1, 2058
BGB; §§ 2 Abs. 1 Buchst. a, 3 Abs. 2 Buchst. a. 5 Abs. 1 VwVG; §§ 747,
780 Abs. 1, 785 ZPO

Bei der Inanspruchnahme eines Gesamtschuldners tritt bei öffentlich-rechtlichen Forderungen an die Stelle des „freien Beliebens“ das fehlerfreie Auswahlmessen des Gläubigers.

BSG, Urt. v. 8. 2. 2023 – B 5 R 2/22 R – *Breith. 2024, 771*

§§ 40 Abs. 1, 41, 44 Abs. 1 und 2 SGB I s. § 118 Abs. 1 Satz 1
SGB VI *Breith. 2024, 227*

§§ 40 Abs. 1, 41, 44 Abs. 1 und Abs. 2 Alt. 1 SGB I
s. §§ 131 Abs. 1 Satz 1 und 2, 151 Abs. 1 Satz 1 und 2 Alt. 1,
337 Abs. 2 SGB III *Breith. 2024, 361*

§ 60 Abs. 1 SGB I s. § 41a Abs. 3 Satz 1 bis 4 SGB II *Breith. 2024, 67*

Sozialgesetzbuch II – Bürgergeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende –

§§ 6b Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 Satz 1, 48 Abs. 3 SGB II; Art. 28 Abs. 2 Satz 2,
Art. 91e Abs. 2 Satz 2, Art. 104a Abs. 1 GG

Aufwendungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (hier: Verwaltungskosten), die der Bund einem zugelassenen kommunalen Träger zu ersetzen hat, sind

grundsätzlich nur solche, für die der zugelassene kommunale Träger im Vollzug des SGB II Geld tatsächlich aufgewandt, also gezahlt hat.

BSG, Urt. v. 25. 4. 2023 – B 7/14 AS 69/21 R –

Breith. 2024, 437

§§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 9 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 1 und 4 SGB II; §§ 24 Abs. 1, 41 Abs. 2 Nr. 3 SGB X; §§ 86b Abs. 1 und Abs. 2, 92 Abs. 1 Satz 1, 99 Abs. 1 SGG; Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG

1. Einem Weiterbewilligungsantrag sowie anschließendem Verwaltungsakt kommt eine Zäsurwirkung zu, weshalb die Einbeziehung eines nachfolgenden Bewilligungsabschnitts im Eilverfahren regelmäßig nicht sachdienlich i.S.d. § 99 Abs. 1 SGG ist.

2. Es ist fraglich, ob eine vom Antragsteller mitgeteilte Anschrift den Anforderungen an eine ladungsfähige Anschrift genügt und verfügt der Antragsteller aber über keine anderweitige Anschrift, so sind hinsichtlich der Zulässigkeit des Verfahrens die für Obdachlose entwickelten Grundsätze entsprechend anzuwenden.

3. Eine formelle Rechtswidrigkeit aufgrund fehlender Anhörung führt nicht zu einem Erfolg des Antrags auf einstweiligen Rechtsschutz, wenn eine Heilung noch möglich ist. Denn es fehlt an einer endgültigen Rechtsverletzung und auch an einer hinreichenden Erfolgsaussicht in der Hauptsache.

4. Zeitaufwendige Ermittlungen, wie z.B. hinsichtlich der Verbindung von Leistungsempfängern zu Unternehmen mit Sitz im Ausland, bleiben dem Hauptsache-rechtsbehelf vorbehalten.

LSG Hessen, Beschl. v. 6. 2. 2024 – L 6 AS 413/23 B ER –

Breith. 2024, 607

§ 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II; § 23 Abs. 3 Satz 1 SGB XII; §§ 2 Abs. 1, 11 Abs. 4 Satz 1 FreizügG/EU; Art. 20 AEUV; § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG; § 81 AufenthG; § 86b Abs. 2 SGG; Art. 10 VO (EU) Nr. 492/2011

1. Aus einer Fiktionsbescheinigung, die auf Grundlage des § 11 Abs. 4 Satz 1 FreizügG/EU i.V.m. § 81 Abs. 5 AufenthG ausgestellt wurde, folgt kein Aufenthaltsrecht.

2. Das Kind eines drittstaatsangehörigen Elternteils kann diesem nur dann ein Aufenthaltsrecht vermitteln, wenn es selbst ein Aufenthaltsrecht hat. Der Besuch einer allgemeinbildenden Schule kann nur dann ein Aufenthaltsrecht nach Art. 10 VO (EU) Nr. 492/2011 begründen, wenn ein Elternteil die Unionsbürgerschaft hat.

3. Ein drittstaatsangehöriger Ausländer kann sich nur dann auf ein unionsrechtliches Aufenthaltsrecht „sui generis“ (eigener Art) berufen, wenn sein familienangehöriges Kind als Unionsbürger faktisch gezwungen wäre, ihm bei der Ausreise aus dem Unionsgebiet zu folgen und sich in das außereuropäische Ausland zu begeben (hier verneint).

4. Leistungen aus dem Gleichbehandlungsanspruch nach Art. 1 EFA kommen nur dann in Betracht, wenn ein erlaubter Aufenthalt besteht.

5. Sofern der drittstaatsangehörige Elternteil mangels Aufenthaltsrechts vollziehbar ausreisepflichtig ist, kommen für ihn Leistungen nach § 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG und für sein Kind mit Unionsbürgerschaft nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 AsylbLG in Betracht, auch wenn das Kind noch nicht vollziehbar ausreisepflichtig ist.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 24. 11. 2023 – L 2 AS 302/23 B ER –

Breith. 2024, 428

§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b SGB II; § 2 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU; Art. 6 Abs. 4 GG; Art. 45, Art. 267 AEUV

1. § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU gilt auch für Tätigkeiten, die genau ein Jahr gedauert haben (Anschluss an BSG, Urt. v. 9.3.2022 – B 7/14 AS 79/20 R – Breith. 2023, 341 = BSGE 133, 297 = SozR 4-4200 § 7 Nr. 62).

2. Die Arbeitnehmereigenschaft i.S.d. Art. 45 AEUV bleibt im Fall eines schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbotes unberührt.

3. § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU ist verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass auch Zeiten eines schwangerschaftsbedingten Beschäftigungsverbotes in die Berechnung der Jahresfrist einzubeziehen sind.

4. Zur Vorlage an den EuGH gemäß Art. 267 AEUV.

LSG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 13. 6. 2024 – L 25 AS 43/24 – *Breith. 2024, 894*

§§ 11 Abs. 1, 11a Abs. 1 Nr. 6, 11b, 22 Abs. 1 und Abs. 6 SGB II

1. Ein Anordnungsgrund für weitere Bedarfe für Unterkunft und Heizung besteht nicht, solange die geltend gemachte Differenz durch Freibeträge aus Erwerbstätigkeit (§ 11b SGB II) sowie anrechnungsfreies Einkommen (§ 11a SGB II, hier Mutterschaftsgeld) gedeckt werden kann.

2. Ein Anordnungsanspruch auf Übernahme einer Mietkaution als Darlehen besteht nicht, wenn sich der Leistungsberechtigte bereits vor Antragstellung rechtlich zur Übernahme der Kautions verpflichtet hat (vgl. § 22 Abs. 6 SGB II).

LSG Hessen, Beschl. v. 8. 1. 2024 – L 6 AS 397/23 B ER – *Breith. 2024, 530*

§ 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II; § 6 Abs. 1 Nr. 3 Alg II-V

Beiträge zu einer Kfz-Haftpflichtversicherung sind auch dann vom Einkommen abzusetzen, wenn von zwei Partnern in einer Bedarfsgemeinschaft der eine das Einkommen (hier: aus einer Erwerbsminderungsrente) erzielt, während dem anderen das Fahrzeug gehört, er die Versicherung unterhält und die Beiträge zahlt.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 6. 3. 2024 – L 2 AS 230/22 – *Breith. 2024, 602*

§§ 12, 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II

1. Vorhandenes Vermögen des Grundsicherungsberechtigten ist nach § 12 Abs. 1 SGB II verwertbar, wenn dessen Gegenstände innerhalb des bevorstehenden Bewilligungszeitraums verbraucht, übertragen oder belastet werden können. Das gilt u.a. für den Miteigentumsanteil an einem Hausgrundstück.

2. Das Vermögen ist mit seinem Verkehrswert zu berücksichtigen.

3. Die einfache Härte, die mit einer Vermögensverwertung verbunden ist, reicht für den Schutz des Vermögens i.S. der Annahme einer besonderen Härte i.S.v. § 12 Abs. 3 Satz 1 Nr. 6 Alt. 2 SGB II nicht aus.

4. Bei fehlendem Nachweis von Verwertungsbemühungen des Grundsicherungsberechtigten ist gemäß § 22 Abs. 1 Satz 3 SGB II die Bewilligung von Leistungen des SGB II zu versagen.

LSG Hamburg, Urt. v. 6. 10. 2023 – L 4 AS 322/20 –

Breith. 2024, 789

§§ 12 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 und 6, 22 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 SGB II

Die unangemessene Größe eines nicht als Vermögen zu berücksichtigenden selbst bewohnten Wohneigentums steht der Übernahme von Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur nicht entgegen.

BSG, Urt. v. 21. 6. 2023 – B 7 AS 14/22 R –

Breith. 2024, 619

§§ 13 Abs. 2, 21 Abs. 6, 26 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 SGB II; § 204 Abs. 2 VVG; Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG

1. Der Anspruch auf einen Zuschuss zum Beitrag für eine private KV ist auf den Betrag begrenzt, den der privatversicherte Leistungsberechtigte zu zahlen hätte, wenn er bei seinem Krankenversicherungsunternehmen im Basistarif versichert wäre.

2. Die Regelung über den Härtefallmehrbedarf ist nicht einschlägig, wenn es um Bedarfe geht, die der Gesetzgeber außerhalb des Regelbedarfs gesondert geregelt hat.

BSG, Urt. v. 6. 6. 2023 – B 4 AS 5/22 R –

Breith. 2024, 354

§ 14 Abs. 3 Satz 1 SGB II; § 17 SGB X

Personen, die Bürgergeld beziehen, haben kein subjektiv-öffentliches Recht auf Benennung eines anderen persönlichen Ansprechpartners; dies gilt auch bei Besorgnis der Befangenheit der benannten Person. Betroffene müssen sich auf die allgemeinen Regeln des Sozialverwaltungsrechts verweisen lassen, um die Gründe, die die Besorgnis der Befangenheit rechtfertigen können, einer Überprüfung zu unterziehen.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 17. 4. 2024 – L 3 AS 455/24 –

Breith. 2024, 695

§ 22 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 SGB II; § 12 WoGG

1. Dem Antrag der Antragstellerin auf Erteilung der Zusicherung im einstweiligen Rechtsschutz steht nicht entgegen, dass damit die Vorwegnahme der Hauptsache erfolgen würde.

2. Die Zwangsräumung der derzeit bewohnten Wohnung begründet zwar die Eilbedürftigkeit, nicht aber ein Anordnungsanspruch gegen den Antragsgegner. Zwar ist der Schutz der Wohnung auch in Form des Behalts der Wohnung verfassungsrechtlich beachtlich, allerdings kann die drohende Wohnungslosigkeit keinen unbegrenzten Kostenübernahmeanspruch gegen den Antragsgegner begründen. Hierbei ist beachtlich, dass die Antragstellerin zwar von Wohnungslosigkeit bedroht ist, nicht aber von Obdachlosigkeit. Denn bzgl. der Obdachlosigkeit besteht ein Einweisungsanspruch gegen die zuständige Kommune.

LSG Hessen, Beschl. v. 11. 4. 2024 – L 7 AS 131/24 B ER –

Breith. 2024, 704

§ 34 SGB II; § 44 SGB X

1. Der Ersatzanspruch bei sozialwidrigem Verhalten (§ 34 SGB II) erfordert einen Kausalzusammenhang zwischen dem sozialwidrigen Verhalten und dem deswegen erfolgten Bezug von SGB II-Leistungen (hier: zwischen einem Ausbildungsabbruch und dem ca. 3,5 bis 7,5 Jahre später erfolgenden SGB II-Leistungsbezug wegen Arbeitslosigkeit). Maßstab hierfür ist die sozialrechtliche Theorie der wesentlichen Bedingung.

2. Auch bei der Auslegung der Härtefallvorschrift nach § 34 Abs. 1 Satz 6 SGB II ist zu berücksichtigen, dass es sich bei § 34 SGB II um einen engen und deliktsähnlichen Ausnahmetatbestand handelt und nicht jedes vorwerfbare Verhalten, das eine Hilfebedürftigkeit oder Leistungserbringung nach dem SGB II verursacht, zur Ersatzpflicht führt. Erfasst wird nur ein Verhalten mit spezifischem Bezug, also einem inneren Zusammenhang zur Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit bzw. Leistungserbringung.

3. Es widerspricht dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (Übermaßverbot), dem Grundsatz des Forderns und Förderns (§§ 2, 14 SGB II), § 1 Abs. 2 Satz 4 Nr. 6 SGB II a.F. (seit 1.1.2023: § 1 Abs. 2 Satz 4 Nr. 5 SGB II) und § 1 Abs. 1 Satz 2 SGB I, wenn eine typische Jugendsünde (hier: Ausbildungsabbruch eines damals 20-jährigen Heranwachsenden in einer von ihm als psychisch belastend empfundenen Ausbildungssituation) zu Ersatzansprüchen in Höhe von mehr als 30 000 bzw. 51 000 Euro gegenüber einem (zuletzt) erst 28-jährigen ungelernten Langzeitarbeitslosen führen.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 26. 1. 2023 –

L 11 AS 346/22 –

Breith. 2024, 59

§§ 36 Abs. 1 Satz 2, 36a SGB II; § 30 Abs. 3 Satz 2 SGB I; § 98 Abs. 2 SGB XII;
§§ 75 Abs. 2 Alt. 2, 109, 161 SGG

Ein gewöhnlicher Aufenthalt in der aufnehmenden Kommune zunächst außerhalb eines Frauenhauses steht dann einer Erstattungspflicht der Herkunftskommune nicht entgegen, wenn er in der Absicht begründet worden ist, in das Frauenhaus vor Ort aufgenommen zu werden, und nur eine vorübergehende Zeit außerhalb der Einrichtung bis zur Aufnahme zu überbrücken ist.

BSG, Urt. v. 8. 3. 2023 – B 7 AS 7/22 R –

Breith. 2024, 164

§§ 40 Abs. 2 Nr. 1, 41a Abs. 5 Satz 1, 80 SGB II; § 328 SGB III

1. Der Übergangsvorschrift des § 80 Abs. 2 SGB II sind über den Wortlaut von Nr. 1 und Nr. 2 dieser Vorschrift hinaus keine weiteren Übergangsregelungen zu entnehmen (vgl. BSG, Urt. v. 12. 9. 2018 – B 4 AS 39/17 R – Juris, RdNr. 27).

2. In Streitigkeiten um den Eintritt der Fiktionswirkung nach einer vorläufigen Festsetzung von Leistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, sind außer der Regelung der Jahresfrist in § 41a Abs. 5 Satz 1 SGB II keine anderen Teile des § 41a SGB II anwendbar, wenn der strittige Leistungszeitraum vor dem 1.8.2016 beendet war.

LSG Sachsen, Urt. v. 16. 5. 2024 – L 7 AS 938/21 –

Breith. 2024, 975

§§ 40 Abs. 8, 42a Abs. 4 SGB II; § 52 Abs. 2 SGB X; § 86b Abs. 2 Satz 1 SGG

1. Zu den Voraussetzungen der vorläufigen Einstellung der Zwangsvollstreckung im sozialgerichtlichen Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes.

2. Ansprüche auf Rückzahlung von Darlehen nach § 42a SGB II unterliegen einer Verjährungsfrist von 30 Jahren.

LSG Hessen, Beschl. v. 14. 11. 2023 – L 6 AS 339/23 B ER –

Breith. 2024, 247

§ 41a Abs. 3 Satz 1 bis 4 SGB II; § 60 Abs. 1 SGB I; §§ 106a Abs. 1 und 3,
157a Abs. 1 und 2 SGG

Bei auf vorläufige Bewilligungen von Arbeitslosengeld II folgenden abschließenden Entscheidungen über den Leistungsanspruch sind auch erst im gerichtlichen Ver-

fahren vorgelegte Unterlagen zum Nachweis leistungserheblicher Tatsachen zu berücksichtigen.

BSG, Urt. v. 29. 11. 2022 – B 4 AS 64/21 R –

Breith. 2024, 67

Sozialgesetzbuch III – Arbeitsförderung –

§§ 25 Abs. 1 Satz 1, 27 Abs. 3 Nr. 1 SGB III s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2024, 866

§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV; § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI;
§ 37 Abs. 1 GmbHG; §§ 133, 157 BGB

Eine Minderheitsbeteiligung an der Muttergesellschaft steht als solche der Annahme eines abhängigen Beschäftigungsverhältnisses des Fremdgeschäftsführers bei der Tochtergesellschaft nicht entgegen.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschl. v. 27. 9. 2023 –
L 2 BA 59/22 –

Breith. 2024, 118

§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2024, 508

§§ 26 Abs. 2 Nr. 3, 28 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2, 142 Abs. 1 Satz 1 SGB III; §§ 43, 102 Abs. 2 SGB VI

1. Aufgrund des Bezugs einer Rente wegen voller Erwerbsminderung ist nicht versicherungspflichtig, wem wegen Überschreitens der Hinzuverdienstgrenze tatsächlich keine Rente geleistet wird.

2. Versicherungsfreiheit in einer Beschäftigung oder aufgrund des Bezugs einer anderen Sozialleistung bei zuerkannter Rente wegen voller Erwerbsminderung setzt Versicherungspflicht wegen tatsächlichen Rentenbezugs voraus.

BSG, Urt. v. 6. 6. 2023 – B 11 AL 38/21 R –

Breith. 2024, 710

§§ 56 Abs. 1 Nr. 1, 57 Abs. 1 SGB III; § 34 BBiG

1. An die Eintragung oder die Nichteintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse sind Gerichte, Behörden und Dritte gebunden.

2. Eine Überprüfung der inhaltlichen Übereinstimmung der betrieblichen Ausbildung mit den Vorschriften des Berufsbildungsgesetzes und der jeweiligen Ausbildungsordnung steht der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Entscheidung über die Berufsausbildungsbeihilfe und damit den Sozialgerichten grundsätzlich nicht zu.

LSG Sachsen, Urt. v. 17. 8. 2023 – L 3 AL 187/17 –

Breith. 2024, 262

§§ 81 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1, 82 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 und 2, 87a Abs. 1, 131a Abs. 3 Nr. 2 SGB III; Art. 3 Abs. 1 GG

Im Falle der besonderen Förderung als beschäftigter Arbeitnehmer begründet der erfolgreiche Abschluss einer beruflichen Weiterbildung keinen Anspruch auf eine Weiterbildungsprämie.

BSG, Urt. v. 14. 12. 2023 – B 11 AL 2/23 R –

Breith. 2024, 980

§§ 95 Satz 1, 97, 99 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGB III

1. Zu den betrieblichen Voraussetzungen für den Anspruch auf Kug gehört auch der inländische Sitz eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung des Unternehmens, in dem die anspruchsberechtigten Arbeitnehmer beschäftigt sind. Dies folgt aus § 99 Abs. 1 Satz 1 SGB III, der einen solchen Sitz voraussetzt, sowie aus dem Territorialitätsgrundsatz (§ 30 Abs. 1 SGB I).

2. Die so verstandene Regelung des § 99 Abs. 1 Satz 1 SGB III verstößt weder gegen nationales Verfassungsrecht noch gegen europäisches Gemeinschaftsrecht.

Bay. LSG, Urt. v. 9. 8. 2023 – L 10 AL 130/21 –

Breith. 2024, 152

§§ 131 Abs. 1 Satz 1 und 2, 151 Abs. 1 Satz 1 und 2 Alt. 1, 337 Abs. 2 SGB III; § 40 Abs. 1, 41, 44 Abs. 1 und Abs. 2 Alt. 1 SGB I; Art. 3 Abs. 1 GG

Ein Anspruch auf höheres Arbeitslosengeld, der auf einer Neuberechnung des Bemessungsentgelts wegen nachträglich zugeflossenen Arbeitsentgelts beruht, ist erst nach diesem Zufluss fällig und zuvor nicht zu verzinsen.

BSG, Urt. v. 15. 2. 2023 – B 11 AL 42/21 R –

Breith. 2024, 361

§§ 138 Abs. 1 Nr. 1, 141 Abs. 3 SGB III

Die persönliche Arbeitslosmeldung wirkt bei fehlender Dienstbereitschaft der zuständigen Arbeitsagentur auf den ersten Tag der Arbeitslosigkeit zurück, wenn der erste Tag der Beschäftigungslosigkeit wegen Arbeitsunfähigkeit weiter zurückliegt.

BSG, Urt. v. 15. 2. 2023 – B 11 AL 40/21 R –

Breith. 2024, 265

§§ 165 Abs. 1 Satz 1, 169 Satz 1, 170 Abs. 1, 171 Satz 1 und 2 SGB III; §§ 133, 157, 400, 412, 774 Abs. 1 Satz 1 BGB; § 163 SGG

Erbringt ein Unternehmer zur Abgeltung seiner Generalunternehmerhaftung Zahlungen wegen offener Arbeitsentgeltansprüche an Arbeitnehmer eines Subunternehmers, gehen deren Arbeitsentgeltansprüche auf ihn über und berechtigen ihn, Insolvenzgeld in Anspruch zu nehmen.

BSG, Urt. v. 15. 2. 2023 – B 11 AL 37/21 R –

Breith. 2024, 538

§ 328 SGB III s. §§ 40 Abs. 2 Nr. 1, 41a Abs. 5 Satz 1, 80 SGB II

Breith. 2024, 975

**Sozialgesetzbuch IV
– Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung –**

§§ 2 Abs. 1, 7 Abs. 1, 7a, 28p, 28q SGB IV

Die fehlende Eintragung in die Handwerksrolle mit der Tätigkeit als Maurer steht nach der Handwerksordnung einer selbstständigen Erbringung von Maurer- und Betonbauerarbeiten entgegen.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 24. 8. 2023 – L 3 BA 28/21 –

Breith. 2024, 219

§ 3 Nr. 2, § 6 SGB IV s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V

Breith. 2024, 461

§§ 7, 7a SGB IV; § 613a BGB

Eine Statusfeststellung, wonach eine selbstständige Tätigkeit vorliegt, wirkt nach einem Betriebsübergang auf einen neuen Arbeitgeber nicht über § 613a BGB weiter.

Bay. LSG, Urt. v. 22. 8. 2024 – L 7 BA 114/23 –

Breith. 2024, 942

§§ 7 Abs. 1, 7a, 28p Abs. 1c SGB IV s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2024, 508

§§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 SGB IV s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI

Breith. 2024, 866

§§ 7 Abs. 1 Satz 1, 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV; §§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 6 Abs. 3a SGB V; § 15 Abs. 1 HGB; §§ 16 Abs. 1, 37, 39 Abs. 1, 40, 60 Abs. 1 Nr. 2, 65 Abs. 1 Satz 1, 66 Abs. 1 bis 3, 70 GmbHG

Die Eintragung in das Handelsregister ist bei Abberufung des Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH für die Abgrenzung von Beschäftigung und selbstständiger Tätigkeit nicht entscheidend.

BSG, Urt. v. 20. 2. 2024 – B 12 KR 3/22 R –

Breith. 2024, 913

§§ 7 Abs. 1 Satz 1, 7a SGB IV

1. Sind die Verantwortlichkeiten in einer Rettungskette auf verschiedene Träger aufgeteilt, ist festzustellen, zu welchem Träger der Notarzt im Rettungsdienst in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis steht.

2. Hat ein Krankenhaus die Zuständigkeit übernommen, die Notärzte im Rettungsdienst auszuwählen und der Rettungsstelle zur Verfügung zu stellen, liegt eine Eingliederung des Notarztes in den Betrieb des Krankenhauses und nicht in den des Trägers der Rettungsstelle vor.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 11. 10. 2023 – L 5 BA 19/19 –

Breith. 2024, 669

§ 7 Abs. 1 Satz 2 SGB IV s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2024, 118

§ 15 SGB IV; § 45 SGB X; § 4a EStG

1. Zur Unwirksamkeit eines „Vorbehalts“ hinsichtlich der Einhaltung der Hinzuverdienstgrenzen des § 34 SGB VI in der bis zum 30.6.2017 geltenden Fassung (a.F.).

2. Es stellt einen groben Ermessensfehler dar, die Erfüllung der Tatbestandsvoraussetzungen des § 45 SGB X zugleich als (alleinigen) Aspekt für eine zulasten des Versicherten ergehende Ermessensentscheidung heranzuziehen.

3. Ist wegen § 4a EStG auch im Rahmen von § 34 SGB VI a.F. i.V.m. § 15 SGB IV auf ein vom Kalenderjahr abweichendes Wirtschaftsjahr abzustellen, sodass ein Versicherter rein tatsächlich im Zeitraum des Rentenbezuges über die als Hinzuverdienst anzusehenden Einkünfte gar nicht verfügen kann, ist dieser offenkundige Umstand im Rahmen der nach § 45 SGB X zu treffenden Ermessensentscheidung zugunsten des Versicherten zu berücksichtigen.

LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 9. 2. 2023 – L 4 R 79/17 –

Breith. 2024, 44

§ 16 SGB IV s. §§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 6 Satz 1, 206 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V

Breith. 2024, 10

§§ 23 Abs. 1 Satz 6 und 7, 24 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 25 Abs. 1 Satz 1 SGB IV;
§ 3 Satz 1 Nr. 1a, 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a, 212a Abs. 1 SGB VI

1. Die erstmalige Fälligkeit der von der Pflegekasse für nicht erwerbsmäßig tätige Pflegepersonen zu zahlenden Rentenversicherungsbeiträge hängt von der Feststellbarkeit der Versicherungspflicht ab.

2. Die Versicherungspflicht nicht erwerbsmäßig tätiger Pflegepersonen ist feststellbar, sobald sie für die Pflegekasse erkennbar ist.

3. Eine Behörde macht das fehlende Verschulden an der Unkenntnis von der Beitragszahlungspflicht nicht dadurch glaubhaft, dass sie behauptet, einer einzelnen instanzgerichtlichen Entscheidung gefolgt zu sein, die hinsichtlich der Fälligkeit der Beiträge eine Rechtsauffassung vertritt, die von der die Säumniszuschläge fordernden Behörde abweicht.

BSG, Urt. v. 13. 3. 2023 – B 12 R 7/21 R –

Breith. 2024, 125

§§ 42 Abs. 2, 59 Abs. 3 Satz 1, 63 Abs. 3 Satz 2 und 3, 63 Abs. 3 Satz 3, 77 Abs. 1 Satz 2, 88 Abs. 1, 89 SGB IV; §§ 278 Abs. 1 Satz 2, 279 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 6, 280 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, 281 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 SGB V; Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GG

Bei der Amtsenthebung eines (vormaligen) Geschäftsführers eines Medizinischen Dienstes der KV aufgrund eines groben Amtspflichtverstoßes handelt es sich um eine personelle Angelegenheit, bei der die Öffentlichkeit von Gesetzes wegen ausgeschlossen ist.

BSG, Urt. v. 19. 10. 2023 – B 1 KR 22/22 R –

Breith. 2024, 922

§ 76 Abs. 1 SGB IV s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 4 Abs. 4, 12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2, 275 Abs. 1c SGB V

Breith. 2024, 200

§§ 87 Abs. 1 Satz 2, 89 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2, 90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV s. § 197b Satz 2 SGB V

Breith. 2024, 725

Sozialgesetzbuch V – Gesetzliche Krankenversicherung –

§§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 4 Abs. 4, 12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2, 275 Abs. 1c SGB V; § 76 Abs. 1 SGB IV; § 17c Abs. 2 KHG; §§ 8 Abs. 7, 11 Abs. 1 Satz 3 KHEntgG; §§ 242, 387ff. BGB; §§ 162, 163 SGG

Die Vereinbarung in einem Landesvertrag über die allgemeinen Bedingungen der Krankenhausbehandlung, die die Aufrechnung gegen Vergütungsforderungen des Krankenhauses verbietet, war im Jahr 2015 außerhalb des Anwendungsbereichs der Prüfverfahrensvereinbarung mit höherrangigem Recht vereinbar.

BSG, Urt. v. 11. 5. 2023 – B 1 KR 14/22 R –

Breith. 2024, 200

§§ 2 Abs. 1 Satz 3, 39 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V; § 13 Abs. 3 Satz 3 TPG; § 7 KHEntgG; § 17b KHG; § 134 BGB

Der Vergütungsanspruch des Krankenhauses für die medizinisch erforderliche Transplantation eines im vorgesehenen Verfahren zugeteilten Organs entfällt nicht

dadurch, dass das Krankenhaus falsche Angaben zur Dringlichkeit der Transplantation an die Vermittlungsstelle gemeldet hat.

BSG, Urt. v. 7. 3. 2023 – B 1 KR 3/22 R –

Breith. 2024, 563

§§ 2 Abs. 1a, 23 Abs. 1 und 3, 24c Satz 1 Nr. 2, 24e Satz 1 und 2, 27 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 Nr. 3, 31 Abs. 1, 35c SGB V; Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 20 Abs. 1 GG

1. Dem Erkrankungsrisiko kommt immer dann ein Krankheitswert zu, wenn Versicherten im Wege einer wertenden Gesamtbetrachtung unter Einbeziehung des potenziellen Schadens, seiner Eintrittswahrscheinlichkeit sowie der mit der Behandlung verbundenen Chancen, Risiken und Beeinträchtigungen nicht zuzumuten ist, dem Geschehen seinen Lauf zu lassen.

2. Anspruch auf nicht für die Erkrankung zugelassene Arzneimittel wegen Vorliegens einer lebensbedrohlichen oder regelmäßig tödlichen oder wertungsmäßig vergleichbaren Erkrankung können auch Schwangere haben, um das ungeborene Kind vor einer Infektion und ihren Folgen zu schützen.

3. Im Falle einer für das ungeborene Kind gefährlichen Infektion der Schwangeren liegt jedenfalls dann keine notstandsähnliche Lage vor, wenn die Wahrscheinlichkeit der Geburt eines gesunden Kindes deutlich überwiegt.

BSG, Urt. v. 24. 1. 2023 – B 1 KR 7/22 R –

Breith. 2024, 294

§§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 6 Abs. 3a SGB V s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV

Breith. 2024, 913

§ 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V s. § 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. c SGB VII

Breith. 2024, 753

§ 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V; § 3 Nr. 2, § 6 SGB IV; §§ 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 11, 26, 33 Abs. 1 Satz 1, 37 Abs. 1 Satz 1, 49 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB XI; Art. 2, Art. 3 Abs. 1 Buchst. a, Art. 4, Art. 23, Art. 24 Abs. 1, Art. 30 Abs. 1, Art. 34 VO (EG) Nr. 883/2004

Bei einem Doppelbezug von deutscher und polnischer Altersrente entfällt der deutsche Krankenversicherungsschutz und damit auch Pflegeversicherungsschutz für eine in Polen lebende, früher in Deutschland Pflichtversicherte, wenn – wie hier – keine freiwillige Weiterversicherung bestand. Aus den Regelungen des europäischen Gemeinschaftsrechts folgt keine Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 26. 2. 2024 – L 4 P 2751/22 –

Breith. 2024, 461

§ 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V s. §§ 18, 19 Abs. 6, 25 SGB XII

Breith. 2024, 687

§§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 6 Satz 1, 206 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V; § 16 SGB IV; Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG

1. Erlangt die Krankenkasse im Nachhinein Kenntnis von einer Änderung des monatlichen Gesamteinkommens der familienversicherten Person, hat sie die insoweit erforderliche neue Prognose des monatlichen Gesamteinkommens rückblickend auf den – für sie erkennbaren – Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse zu treffen.

2. Maßgebend für die Rechtmäßigkeit der Prognoseentscheidung ist der Kenntnisstand der Krankenkasse über die im Zeitpunkt der Änderung der Verhältnisse vor-

liegenden und der Krankenkasse bis zum Abschluss des Verwaltungsverfahrens bekannten oder von Amts wegen ermittelbaren Umstände.

3. Umstände, die dem Mitglied und/oder seinen Familienangehörigen bekannt sind, der Krankenkasse aber nicht mitgeteilt werden und von ihr auch nicht mit zumutbarem Aufwand von Amts wegen ermittelbar sind, stellen die Rechtmäßigkeit der Prognose für den bis zu ihrem Bekanntwerden bereits abgelaufenen Zeitraum nicht in Frage.

BSG, Urt. v. 18. 10. 2022 – B 12 KR 2/21 R –

Breith. 2024, 10

§ 11 Abs. 5 Satz 1 SGB V s. § 8 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2024, 207

§§ 12 Abs. 1, 69 Abs. 1 Satz 3, 109 Abs. 4 Satz 2, 275 Abs. 1c Satz 1 SGB V;
§§ 17b Abs. 2 Satz 1, 17c Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KHG; § 7 Abs. 1 Satz 1, § 9
KHEntgG; §§ 280 Abs. 1, 387 BGB

1. Für die Verlegung eines Versicherten bedarf es eines sachlichen Grundes, den das Krankenhaus im Streitfall darzulegen und gegebenenfalls zu beweisen hat, es sei denn, die Verlegung verursacht für die Krankenkasse keine Mehrkosten.

2. Als sachliche Gründe für eine Verlegung kommen zwingende medizinische Gründe, zwingende Gründe in der Person des Versicherten sowie übergeordnete Gründe der Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen, patienten- und bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Krankenhäusern in Betracht.

3. Ein übergeordneter Grund der Sicherstellung ist die Verlegung aus einem Krankenhaus einer höheren in ein Krankenhaus einer niedrigeren Versorgungsstufe, wenn und soweit es der besonderen Mittel des Krankenhauses der höheren Versorgungsstufe nicht (mehr) bedarf und die dortigen Versorgungskapazitäten für andere Patienten benötigt werden.

BSG, Urt. v. 7. 3. 2023 – B 1 KR 4/22 R –

Breith. 2024, 733

§ 12 Abs. 1 SGB V; § 8 Abs. 5 Satz 3 KHEntgG;
§ 17b Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 Halbs. 2 KHG

1. Die Konkretisierung des Wirtschaftlichkeitsgebots im Zusammenhang mit Entlassungen und Wiederaufnahmen in dasselbe Krankenhaus ist seit dem 1.1.2019 abschließend den Vertragsparteien der Fallpauschalenvereinbarung zugewiesen.

2. Die Gerichte prüfen nur, ob die Vertragsparteien der Fallpauschalenvereinbarung hinsichtlich der Regelungen zur Fallzusammenführung ihren weiten Gestaltungsspielraum, bei dem sie die Grundsätze des Wirtschaftlichkeitsgebots beachten müssen, überschritten haben.

BSG, Urt. v. 11. 5. 2023 – B 1 KR 10/22 R –

Breith. 2024, 475

§§ 13 Abs. 3a Satz 5, 27 Abs. 1 Satz 1, 39 Abs. 1 Satz 2 SGB V

1. Zum Anspruch auf Erstattung der Kosten für die chirurgische Korrektur einer Kielbrust bei chronischer Schmerzsymptomatik im Bereich des Brustkorbs.

2. Zur einheitlichen Maßnahme einer Kielbrust-Korrektur nach der reversed-NUSS-Methode und eines weiteren späteren Eingriffs zur Entfernung des Metallbügels.

Bay. LSG, Urt. v. 9. 8. 2023 – L 4 KR 319/22 –

Breith. 2024, 95

§§ 16 Abs. 3a Satz 1 und 3, 240 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 SGB V

1. Für das Ruhen des Anspruchs nach § 16 Abs. 3a SGB V ist maßgeblich, dass die Beitragsanteile insgesamt, auch für mehrere und länger zurückliegende Zeiträume, die Grenze von zwei vollen Monatsbeiträgen erreichen.

2. Das Ruhen ist an einen Gesamtbetrag (zwei volle Monatsbeiträge) und nicht lediglich an ein Zeitmoment (zwei Monate) geknüpft.

3. Dabei kommt es für die Berechnung des Rückstands i.S.d. § 16 Abs. 3a Satz 3 SGB V auf die abstrakte Höhe der (vollen) Monatsbeiträge an und nicht darauf, dass die tatsächlichen Umstände (wie hier durch Versicherungsbeginn am Zweiten eines Monats und Beendigung der Anschlussversicherung durch Wiederaufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit im Laufe des zweiten Monats) dazu führen, dass der Versicherte für die jeweiligen Monate nicht den vollen Beitrag schuldet.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 1. 8. 2024 –
L 4 KR 2228/24 ER-B –

Breith. 2024, 909

§ 33 Abs. 1 Satz 1 SGB V s. § 40 Abs. 4 SGB XI

Breith. 2024, 828

§§ 33 Abs. 1 Satz 1, 139 SGB V; § 75 SGG; Art. 5, Art. 19, Art. 20 MP-VO

Bietet ein Hersteller ein medizinisches Hilfsmittel i.S.d. § 33 Abs. 1 Satz 1 SGB V an, das über mehrere Funktionen verfügt (hier: Motorbewegungsschiene für die aktive und passive Bewegung des Knies sowie für eine Koordinationstherapie), setzt die Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis voraus, dass der medizinische Nutzen hinsichtlich sämtlicher auf dem Markt angebotener und beworbener Funktionen nachgewiesen ist. Das Hilfsmittel ist nur insgesamt und nicht bezogen auf einzelne Funktionen eintragungsfähig.

LSG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 22. 11. 2023 – L 16 KR 111/19 – *Breith. 2024, 277*

§§ 39 Abs. 1 Satz 3, 107 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 2 SGB V; § 17b KHG;

§ 2 Abs. 2 Satz 1, Satz 2 Nr. 2, §§ 7, 8 Abs. 1 KHEntgG

1. Der Versorgungsauftrag regelt die personelle, räumliche und medizinisch-technische Ausstattung, die das Krankenhaus vorhalten muss, um seine Verpflichtung zur Krankenhausbehandlung selbst erfüllen zu können.

2. Vom Krankenhaus veranlasste Leistungen Dritter sind nur kodierfähig, wenn das Krankenhaus sie nach dem Inhalt seines Versorgungsauftrages auch selbst erbringen darf.

BSG, Urt. v. 29. 8. 2023 – B 1 KR 18/22 R –

Breith. 2024, 642

§ 40 Abs. 1 Satz 1 SGB V s. § 2 Abs. 1 Nr. 15 Buchst. a SGB VII *Breith. 2024, 569*

§§ 44, 46 Satz 1 Nr. 2 Abs. 1 und Satz 3, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V

Die Rechtsprechung des BSG zur Unschädlichkeit von Lücken zwischen ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (zuletzt BSG, Urt. v. 21.9.2023 – B 3 KR 11/22 R) ist auf eine Lücke zwischen der Beendigung des Versicherungsverhältnisses mit Anspruch auf Krankengeld und der erstmaligen ärztlichen Feststellung der Arbeitsunfähigkeit nicht übertragbar.

LSG Schleswig-Holstein, Urt. v. 20. 12. 2023 – L 5 KR 10010/21 – *Breith. 2024, 549*

§§ 44 Abs. 1, 46 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2, 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 7, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V

Ein Versicherter wahrt seinen Anspruch auf weiteres Krankengeld durch rechtzeitiges Tätigwerden grundsätzlich auch dann, wenn er ohne zuvor vereinbarten Termin am ersten Tag nach einer zuvor festgestellten Arbeitsunfähigkeit die Praxis des behandelnden Arztes zu üblicher Öffnungszeit persönlich aufsucht, um wegen derselben Krankheit eine Arbeitsunfähigkeits-Folgefeststellung zu erlangen.

BSG, Urt. v. 21. 9. 2023 – B 3 KR 11/22 R –

Breith. 2024, 637

§ 44 Abs. 1 SGB V; §§ 1 Abs. 5, 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, 4 Abs. 4 Satz 3 Nr. 1, Abs. 6 Satz 1 Nr. 3, 4b Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 BEEG; § 3 Abs. 1 EntgFG; Art. 19 Abs. 4, Art. 20 Abs. 3 GG

Bezieher von Elterngeld Plus als Partnerschaftsbonus sind auch dann „erwerbstätig“, wenn sie ihre auf die gesetzlich vorgeschriebene Zahl an Wochenstunden festgelegte Tätigkeit während einer vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit nicht tatsächlich ausüben können, sofern das Arbeitsverhältnis fortbesteht und die konkrete Tätigkeit voraussichtlich wieder aufgenommen werden wird.

BSG, Urt. v. 7. 9. 2023 – B 10 EG 2/22 R –

Breith. 2024, 965

§§ 46 Satz 3, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V; § 86b Abs. 2 SGG

1. Für das Fortbestehen der Mitgliedschaft in der GKV gemäß § 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V aufgrund des Bezugs von Krankengeld reicht es zwar nach der mittlerweile st.Rspr. des BSG aus, dass eine Arbeitsunfähigkeit (nahtlos) am Tag nach der Beendigung eines Pflichtversicherungsverhältnisses ärztlich festgestellt wird (vgl. BSG, Urt. v. 10.5.2021 – B 1 KR 19/11 R – Juris, RdNr. 13). Ob diese Rspr. aber dahingehend zu erweitern ist, dass eine wegen eines Feiertags oder wegen des Wochenendes erst am nächsten Werktag erfolgende ärztliche Feststellung ebenfalls noch ausreichend nahtlos ist, ist eine offene Rechtsfrage, deren Beantwortung nicht im Rahmen eines einstweiligen Rechtsschutzverfahrens – sondern im Hauptsacheverfahren – zu erörtern ist.

2. Ein Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine umfassende rechtliche Prüfung der Hauptsache im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes (vgl. hierzu BVerfG [Kammer], Beschl. v. 27.5.1998 – 2 BvR 378/98 – Juris, RdNr. 16/17 m.w.N.).

3. Im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes ist bei der Beurteilung, ob bei dem Versicherten dieselbe Krankheit i.S.v. § 46 Satz 3 SGB V besteht, auf die in den Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen genannten Diagnosen abzustellen.

LSG Schleswig-Holstein, Beschl. v. 6. 6. 2023 –

L 10 KR 14/23 B ER –

Breith. 2024, 1

§ 47 SGB V s. § 144 Abs. 1 Nr. 1 SGG

Breith. 2024, 634

§§ 49 Abs. 1 Nr. 5, 295 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, Satz 7, Satz 10 SGB V

Der Anspruch des Versicherten auf Krankengeld ruht nicht, wenn durch den Vertragsarzt entgegen seiner seit 1.1.2021 gesetzlich begründeten Pflicht die unmittelbar elektronische Übermittlung der Arbeitsunfähigkeitsdaten an die Krankenkasse nicht erfolgt.

BSG, Urt. v. 30. 11. 2023 – B 3 KR 23/22 R –

Breith. 2024, 822

§§ 72 Abs. 1 Satz 2, 75 Abs. 1b SGB V s. § 1 Satz 1 Nr. 1
SGB VI

Breith. 2024, 866

§§ 73 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a Satz 1 Nr. 2, Satz 2, 3 und 5,
75 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2, 87 Abs. 2a Satz 1,
Abs. 2b und Abs. 2c Satz 1 und 4, 87b Abs. 1, 95a Abs. 1 Nr. 2,
96 Abs. 1 und Abs. 4 Satz 1, 97 SGB V; Kap. 4 EBM-Ä

Kinder- und Jugendärzte ohne Schwerpunktbezeichnung bedürfen zur Erbringung der pädiatrischen Gebührenordnungspositionen mit Zusatzweiterbildung nach dem Einheitlichen Bewertungsmaßstab für ärztliche Leistungen einer Erlaubnis zur partiellen Teilnahme an der fachärztlichen Versorgung.

BSG, Urt. v. 23. 3. 2023 – B 6 KA 4/22 R –

Breith. 2024, 283

§ 87b Abs. 1 und Abs. 2 SGB V; Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG

Für eine neu gegründete Einzelpraxis mit angestellten Ärzten gelten die gleichen Regelungen zu Wachstumsmöglichkeiten in der Aufbauphase wie für neu gegründete Berufsausübungsgemeinschaften und medizinische Versorgungszentren.

BSG, Urt. v. 19. 7. 2023 – B 6 KA 22/22 R –

Breith. 2024, 553

§§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 99 ff., 118 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 und 2,
Abs. 4 SGB V; § 21 Abs. 1 Satz 1 SGB X; Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG; Art. 4 Abs. 2,
Art. 5 Abs. 2, Art. 25 Satz 1 und 2, Satz 3 Buchst. a bis c UN-BRK

1. Eine psychiatrische Institutsambulanz ist für Menschen mit schweren psychischen Beeinträchtigungen regelmäßig zumutbar erreichbar, wenn die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln eine Stunde nicht überschreitet.

2. Aus dem Gebot der UN-Behindertenrechtskonvention (UNBehRÜbk), Menschen mit Behinderungen Gesundheitsleistungen so gemeindenah wie möglich anzubieten, folgt keine Verpflichtung, eine psychiatrische Institutsambulanz am jeweiligen Wohnort vorzuhalten.

BSG, Urt. v. 29. 6. 2022 – B 6 KA 3/21 R –

Breith. 2024, 17

§ 95 Abs. 1 Satz 4, 5 und 7, Abs. 5 Satz 1, Abs. 6 Satz 1 und 3, Abs. 7 Satz 2
SGB V; §§ 24 Abs. 7, 26 Abs. 1 und 2, 27 Satz 1 Ärzte-ZV

Die Anordnung des Ruhens der Zulassung hat auch dann Vorrang vor einer Zulassungsentziehung wegen Nichtausübung der vertragsärztlichen Tätigkeit, wenn während des Zulassungsentziehungsverfahrens ein Sitzverlegungsantrag gestellt wird und eine Aufnahme der Tätigkeit am neuen Standort in angemessener Frist zu erwarten ist.

BSG, Urt. v. 19. 7. 2023 – B 6 KA 5/22 R –

Breith. 2024, 378

§ 106 Abs. 2 Satz 4, Abs. 3 SGB V

1. Mit der Prävalenzprüfung, bei der der Beklagte zur Ermittlung einer Praxisbesonderheit das Verhältnis der F-Diagnosen nach der PT-Richtlinie zu den abgerechneten GOP 35110 EBM bildet und dieses mit der Prüfgruppe vergleicht, sind Unschärfen verbunden, die bei der Ermessensausübung zu berücksichtigen sind.

2. Eine Vergleichbarkeit mit der Prüfgruppe kann nur hergestellt werden, wenn sowohl die Ermittlung der F-Diagnosen als auch die Abrechnungshäufigkeit der GOP 35110 EBM patientenbezogen erfolgen.

3. Die Zielsetzung der psychosomatischen Grundversorgung besteht nach den Vorgaben der Psychotherapie-Richtlinie in einer seelischen Krankenbehandlung, die während der Behandlung von somatischen, funktionellen und psychischen Störungen von Krankheitswert durchgeführt werden kann. Insoweit können funktionelle Störungen von Krankheitswert Anlass für eine verbale Intervention nach der GOP 35110 EBM sein, wenn mit dieser Störung eine seelische Belastung einhergeht.

4. Eine anerkannte Praxisbesonderheit, die sich in einer besonderen Häufung der Abrechnung der GOP 35110 EBM niederschlägt, kann nicht mit einer rein pauschalen Schätzung eines Mehrbetrags von +200% zur Vergleichsgruppe abgegolten werden.

SG Marburg, Urt. v. 27. 9. 2023 – S 17 KA 22/21 –

Breith. 2024, 192

§ 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V; § 65d SGG; § 17b Abs. 1 KHG;

§§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KHEntgG

1. Syndikusrechtsanwälte, die für eine Behörde auftreten, können für die Übermittlung elektronischer Dokumente das besondere elektronische Behördenpostfach nutzen.

2. Eine Verlegung im Sinn der Fallpauschalenvereinbarung erfordert eine stationäre Aufnahme im Sinn einer organisatorischen Eingliederung als Patient in das spezifische Versorgungssystem des aufnehmenden Krankenhauses.

BSG, Urt. v. 29. 6. 2023 – B 1 KR 20/22 R –

Breith. 2024, 468

§§ 109 Abs. 4 Satz 3, 301 Abs. 2 Satz 4 und 6 SGB V; § 17b KHG

1. Die Kodierung des OPS-Kodes 8-98f für eine aufwendige intensivmedizinische Komplexbehandlung setzte bis einschließlich 31.12.2020 u.a. voraus, dass das Krankenhaus die Voraussetzung einer 24-stündigen Verfügbarkeit kontinuierlicher und (von vornherein als solcher erforderlicher) intermittierender Nierenersatzverfahren „im eigenen Klinikum“ im Sinne einer rechtlichen Trägerschaft und damit Verantwortung sowie Möglichkeit der Einflussnahme auf die insoweit tätigen Ärzte erfüllte.

2. Die vom DIMDI mit Wirkung vom 1.1.2021 vorgenommene Änderung des Wortlautes „im eigenen Klinikum“ zu „am Standort des Krankenhauses“ entfaltet keine Rückwirkung, weil es sich dabei nicht um eine Klarstellung i.S.v. § 301 Abs. 2 Satz 4 SGB V in der bis zum 31.12.2019 geltenden Fassung handelt, obwohl eine solche rechtlich zulässig gewesen wäre.

LSG Thüringen, Urt. v. 17. 8. 2023 – L 2 KR 8/22 –

Breith. 2024, 89

§ 197b Satz 2 SGB V; §§ 87 Abs. 1 Satz 2, 89 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2,

90 Abs. 1 Satz 1 SGB IV; §§ 88 Abs. 1 Satz 1, 89, 97 SGB X;

§§ 1 Abs. 1 und Abs. 3, 29, 37 Abs. 3, 39, 45b, 46 Abs. 1 und Abs. 2 SGB XI;

Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 87 Abs. 2 GG

1. Sozialversicherungsträger dürfen private Dritte an der Wahrnehmung ihrer Aufgaben nur beteiligen, soweit sie dazu gesetzlich hinreichend ermächtigt sind.

2. Pflegekassen dürfen Aufgaben des Verwaltungsvollzugs auch unter Berufung auf die in der gesetzlichen KV eröffnete Aufgabenerledigung durch Dritte nicht auf private Dritte übertragen.

BSG, Urt. v. 30. 8. 2023 – B 3 A 1/22 R –

Breith. 2024, 725

§ 240 Abs. 4 Buchst. a SGB V; §§ 86a Abs. 2 Nr. 3, 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG

1. Mit dem „Verlangen der Krankenkasse“ i.S.v. § 240 Abs. 4a Satz 4 SGB V muss dem Versicherten deutlich und unmissverständlich vor Augen geführt werden, welche Konsequenzen drohen, wenn er das ihm abverlangte Verhalten ohne wichtigen Grund verweigert; insbesondere ist eine Angabe über die konkrete Höhe des monatlichen Beitrags erforderlich, welcher bei mangelnder Mitwirkung festgesetzt werden würde.

2. Die Annahme, § 240 Abs. 4a Satz 4 SGB V regle eine absolute Ausschlussfrist, erscheint eher fernliegend.

LSG Mecklenburg-Vorpommern, Beschl. v. 6. 11. 2023 –

L 6 KR 46/23 B ER –

Breith. 2024, 185

§§ 275c Abs. 1 Satz 2, 301 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB V

Der Anspruch auf Zahlung einer Aufwandspauschale scheidet aus, wenn das Krankenhaus seine Pflicht verletzt, auf Verlangen der Krankenkasse eine medizinische Begründung für die Dauer der Krankenhausbehandlung zu geben, und es dadurch das Prüfverfahren veranlasst hat.

BSG, Urt. v. 7. 3. 2023 – B 1 KR 11/22 R –

Breith. 2024, 100

§§ 278 Abs. 1 Satz 2, 279 Abs. 1, Abs. 4 und Abs. 6,
280 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6, 281 Abs. 2 Satz 1, Abs. 3 SGB V
s. §§ 42 Abs. 2, 59 Abs. 3 Satz 1, 63 Abs. 3 Satz 2 und 3,
63 Abs. 3 Satz 3, 77 Abs. 1 Satz 2, 88 Abs. 1, 89 SGB IV

Breith. 2024, 922

Sozialgesetzbuch VI – Gesetzliche Rentenversicherung –

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2024, 118

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III; §§ 7 Abs. 1, 7a, 28p Abs. 1c SGB IV; § 31 SGB X

Das von einer Berufsgenossenschaft festgestellte Fehlen eines Unfallversicherungsschutzes als mitarbeitender Gesellschafter einer GmbH steht der Annahme von Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung im Statusfeststellungsverfahren auch unter Vertrauensschutzaspekten nicht prinzipiell entgegen.

BSG, Urt. v. 13. 3. 2023 – B 12 R 6/21 R –

Breith. 2024, 508

§ 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI; §§ 25 Abs. 1 Satz 1, 27 Abs. 3 Nr. 1 SGB III; §§ 7 Abs. 1, 8 Abs. 1 SGB IV; §§ 72 Abs. 1 Satz 2, 75 Abs. 1b SGB V

Die Teilnahme eines Arztes an der vertragszahnärztlichen Versorgung im Rahmen des vertragszahnärztlichen Notdienstes stellt per se und ohne Weiteres keinen eine Versicherungspflicht aufgrund Beschäftigung ausschließenden Umstand dar.

BSG, Urt. v. 24. 10. 2023 – B 12 R 9/21 R –

Breith. 2024, 866

§ 3 Satz 1 Nr. 1a, 170 Abs. 1 Nr. 6 Buchst. a, 212a Abs. 1

SGB VI s. §§ 23 Abs. 1 Satz 6 und 7, 24 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 25 Abs. 1 Satz 1 SGB IV

Breith. 2024, 125

§§ 4 Abs. 2, 35 SGB VI; § 55 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 4, Abs. 4 BeamtVG;

Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 und 2, Art. 38 Abs. 1, Art. 48 Abs. 3 Satz 1 GG

Es ist nicht verfassungswidrig, dass eine Altersrente aus der gesetzlichen RV, die ein Abgeordneter des Deutschen Bundestags neben seiner Abgeordnetenentschädigung bezieht, in Höhe von 50 v.H. ruht.

BSG, Urt. v. 18. 10. 2023 – B 5 R 49/21 R –

Breith. 2024, 946

§§ 20, 21 SGB VI; §§ 65 Abs. 2 Nr. 2, 66, 67, 68 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 SGB IX

Liegt tatsächlich der letzte Tag des in Betracht kommenden Bemessungszeitraums bei Beginn der Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben länger als drei Jahre zurück, dann ist die Höhe des Übergangsgeldes auch dann entsprechend den pauschalierenden Vorgaben des § 68 SGB IX zu ermitteln, wenn ein behördliches Verschulden zu dem verzögerten Maßnahmebeginn beigetragen hat.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 24. 1. 2024 – L 2 R 156/23 –

Breith. 2024, 499

§§ 43, 102 Abs. 2 SGB VI s. §§ 26 Abs. 2 Nr. 3,

28 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 2, 142 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2024, 710

§ 43 SGB VI; § 118 SGG; § 411 ZPO

Liegt ein Zeitraum von fast acht Monaten zwischen Untersuchung und Abfassung des Gutachtens, ist dieses nicht mehr als Sachverständigengutachten verwertbar. Dies gilt unabhängig davon, auf welchem medizinischen Fachgebiet das Gutachten eingeholt worden ist. Das unverwertbare Gutachten kann auch nicht im Wege des Urkundsbeweises verwertet werden.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 14. 12. 2023 – L 10 R 2331/23 –

Breith. 2024, 397

§ 43 SGB VI; §§ 103, 116 Satz 2, 118 Abs. 1 Satz 1, 153 Abs. 4 SGG; §§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO

Zu den Voraussetzungen, unter denen die Ausübung des Fragerechts nach § 116 Satz 2 SGG bzw. § 411 Abs. 4 ZPO als rechtsmissbräuchlich anzusehen ist (hier: Einreichung von Fragenkatalogen mit insgesamt 372 Fragen an den Sachverständigen ohne erkennbares Klärungsbedürfnis, nachdem der Sachverständige bereits eine Stellungnahme zu den anfänglich aufgeworfenen Fragen der Klägerin abgegeben und das Gericht die Beteiligten zur Entscheidung nach § 153 Abs. 4 SGG angehört hatte).

LSG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 8. 1. 2024 – L 33 R 893/20 –

Breith. 2024, 573

§ 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2a Halbs. 1 und 2 SGB VI; § 202 SGG; § 292 ZPO

1. Der Ausnahmetatbestand des § 46 Abs. 2a Halbs. 2 SGB VI ist in der Regel nicht erfüllt, wenn eine potenziell lebensbedrohliche Erkrankung zum Zeitpunkt der Eheschließung bekannt gewesen ist.

2. Eine in Kenntnis der tödlichen Erkrankung von den Eheleuten (zutreffend oder nicht) angenommene Lebenserwartung von zwei Jahren und mehr lässt in keiner Weise den Schluss zu, dass die Versorgungsabsicht nicht der überwiegende Zweck der Heirat war.

LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 7. 5. 2024 –
L 4 R 115/21 –

Breith. 2024, 860

§§ 56 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, 249 Abs. 1 SGB VI; §§ 1, 4, 28b FRG;
§§ 75 Abs. 2 Alt. 1, 168 Satz 2 SGG; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Nach dem deutsch-polnischen Abkommensrecht von 1975 bestimmt das polnische Rentenrecht darüber, ob und in welchem Umfang in Polen zurückgelegte Zeiten in der deutschen RV anerkannt werden (Bestätigung von BSG, Urt. v. 12.8.1982 – 11 RA 58/81 – BSGE 54, 51 = SozR 6710 Art. 4 Nr. 3).

2. Bei Versicherten, die in Polen beschäftigt waren und dort zeitgleich ein Kind erzogen haben, werden nur dann sowohl Pflichtbeitragszeiten wegen Beschäftigung als auch Kindererziehungszeiten anerkannt (additive Berücksichtigung), wenn die dortige Kindererziehung einer Kindererziehung in Deutschland im Rechtssinn gleichsteht.

3. Das ist in aller Regel nur bei Vertriebenen und Flüchtlingen im Sinn des Fremdrentengesetzes der Fall.

BSG, Urt. v. 5. 4. 2023 – B 5 R 36/21 R –

Breith. 2024, 326

§ 118 Abs. 1 Satz 1 SGB VI; §§ 40 Abs. 1, 41, 44 Abs. 1 und 2 SGB I;
§§ 11 Abs. 1 Nr. 3, 45 Abs. 1, 94 Abs. 1 Satz 1 ALG; § 95 Abs. 3 Satz 2 BVerfGG

Wird die gesetzliche Regelung einer Anspruchsvoraussetzung für eine Rente durch das BVerfG für mit dem GG unvereinbar und unanwendbar erklärt und vom Gesetzgeber rückwirkend zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der BVerfG-Entscheidung aufgehoben, beginnt die Verzinsung der dadurch begründeten Rentennachzahlung nicht vor Aufhebung der Regelung.

BSG, Urt. v. 8. 2. 2023 – B 5 LW 1/21 R –

Breith. 2024, 227

§§ 248 Abs. 1, 256 Abs. 3, 256a Abs. 4, 259a Abs. 1 Satz 5 SGB VI;
§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG; Art. 3 Abs. 1 GG

Es ist mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz vereinbar, dass Zeiten des in der Nationalen Volksarmee der ehemaligen DDR absolvierten Wehrdienstes im gesamtdeutschen Rentenrecht in derselben Höhe mit Entgeltpunkten bewertet werden wie die seit 1982 und auch bei Inkrafttreten der Rentenüberleitung in den alten Bundesländern zurückgelegten Wehrdienstzeiten.

BSG, Beschl. v. 15. 6. 2023 – B 5 R 217/22 B –

Breith. 2024, 410

Sozialgesetzbuch VII – Gesetzliche Unfallversicherung –

§ 2 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 1 Nr. 13 Buchst. a und Abs. 2 Satz 1 SGB VII

1. Das unaufgeforderte Anheben eines Motorrades nach selbst verursachtem Anprall steht nicht als „Wie-Beschäftigung“ gemäß § 2 Abs. 2 Satz 1 i.V.m. Abs. 1

Nr. 1 SGB VII unter dem Schutz der gesetzlichen UV, wenn vorrangiges Handlungsmotiv die Verhinderung des Eintritts eines weiteren Schadens ist.

2. Bei der Ermittlung des mutmaßlichen Willens muss der Handelnde sich auf ausreichende Anhaltspunkte in den tatsächlichen Umständen des Einzelfalles stützen (hier verneint bei Anheben eines Motorrads nach selbst verursachtem Anprall).

LSG Thüringen, Urt. v. 19. 10. 2023 – L 1 U 631/22 –

Breith. 2024, 308

§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. a, Nr. 10 Buchst. a Alt. 1 und Alt. 2 SGB VII

1. Gehört die Planung und Durchführung eines Weihnachtsbasars eines kommunalen Kindergartens zu den Aufgaben des Elternbeirats, kann ein Mitglied des Elternbeirats bei Vorbereitungshandlungen hierzu kraft Gesetzes wegen ehrenamtlicher Tätigkeit unfallversichert sein.

2. Der Zurechnungszusammenhang bei ehrenamtlicher Tätigkeit kann sich aus gesetzlicher oder satzungsrechtlicher Zuordnung zum qualifizierten Aufgaben- und Verantwortungsbereich oder aus einem Übertragungs- oder Annahmekontakt des Unternehmers ergeben.

3. Die für den Umfang des Versicherungsschutzes für die sog. Schülerunfallversicherung entwickelten Grundsätze sind auf eine ehrenamtliche Tätigkeit für eine Bildungseinrichtung nicht übertragbar.

BSG, Urt. v. 5. 12. 2023 – B 2 U 10/21 R –

Breith. 2024, 849

§§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b Alt. 1, 8 Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

1. In der Schülerunfallversicherung scheidet im Rahmen des sachlichen Zusammenhangs die objektivierte Handlungstendenz als Zurechnungsgesichtspunkt aus, weil das Steuerungsvermögen von Schülern in der Regel durch kognitive Defizite, alterstypische Selbstüberschätzung, gruppendynamische Prozesse und die Orientierung am Handeln Gleichaltriger gestört ist.

2. Zurechnungsgesichtspunkte des sachlichen Zusammenhangs sind in der Schülerunfallversicherung vor allem der Schutzzweck der Norm, deren Einbettung in die Gesamtrechtsordnung und die Grundprinzipien der UV.

BSG, Urt. v. 30. 3. 2023 – B 2 U 3/21 R –

Breith. 2024, 316

§ 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. c SGB VII; § 5 Abs. 1 Nr. 9 SGB V; § 20 Abs. 1 Nr. 9 SGB XI

1. Die gesetzliche UV erfasst Promotionsstudenten nur im Rahmen der Studierendenversicherung.

2. Aufgrund ihres Zuschnitts und ihrer Begrenzung auf den organisatorischen Verantwortungsbereich der Hochschule erfasst die Studierendenversicherung nicht alle promotionsbedingten Unfallrisiken, weil der Versicherungspflichttatbestand nicht am Doktoranden-, sondern am Studierendenstatus anknüpft.

BSG, Urt. v. 22. 6. 2023 – B 2 U 19/21 R –

Breith. 2024, 753

§§ 2 Abs. 1 Nr. 10a, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII; § 1901 BGB

Ein Unfallversicherungsschutz als Betreuer/in erfordert kein Handeln im unmittelbar rechtsgeschäftlichen Bereich.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 26. 6. 2024 – L 6 U 19/23 –

Breith. 2024, 937

§§ 2 Abs. 1 Nr. 12, 9 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII; Anl. 1 Nr. 3101 Alt. 4 BKV

1. Bei der Prüfung von Infektionskrankheiten als Berufskrankheiten tritt an die Stelle der Einwirkungen die besonders erhöhte Infektionsgefahr, die anhand der Durchseuchung des beruflichen Umfelds und der Übertragungsgefahr bei der versicherten Tätigkeit zu beurteilen ist.

2. Liegen die Infektionskrankheit und die besondere Infektionsgefahr vor, ist typisierend zu unterstellen, dass die Infektion während und wegen der Gefahrenlage erfolgte und die Krankheit wesentlich verursacht hat.

3. Diese Typisierung gilt allerdings nicht, wenn ausgeschlossen ist, dass die Infektion während oder aufgrund der versicherten Tätigkeit eingetreten sein kann.

4. Versicherte sind einer Infektionsgefahr in ähnlichem Maße wie im Gesundheitsdienst, in der Wohlfahrtspflege oder in einem Laboratorium besonders ausgesetzt, wenn die versicherte Tätigkeit ihrer Art nach unter Berücksichtigung der Beschaffenheit des Arbeitsumfelds mit einer abstrakten Gefahrenlage verbunden ist und sich diese Gefahrenlage infolge der konkret ausgeübten Verrichtungen der Versicherten auch tatsächlich realisiert haben kann.

BSG, Urt. v. 22. 6. 2023 – B 2 U 9/21 R –

Breith. 2024, 490

§§ 2 Abs. 1 Nr. 13, 7 Abs. 1, 8 Abs. 1, 26 Abs. 1 Satz 1, 27 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 4 Satz 2, 43 Abs. 1 Satz 2 SGB VII

1. Zum Versicherungsschutz eines Blutspenders beim Verzehr vom Blutspendendienst bereitgestellter Nahrungsmittel (offengelassen).

2. Eine Erstattung für eine nicht unaufschiebbare Zahnbehandlung scheidet zumindest für die bis zur Ablehnung von Heilbehandlungsleistungen entstandenen Kosten aus. Die Erstattung scheidet auch für die nach der Ablehnung entstandenen Kosten aus, wenn es sich bei den Behandlungsschritten nicht um selbstständige, von der bisherigen Behandlung abtrennbare Behandlungen handelt. Ein einheitlicher Behandlungsvorgang kann sich insbesondere aus einem mehrere Monate vor der Ablehnung aufgestellten Heil- und Kostenplan ergeben.

3. Wird eine zahnärztliche Heilbehandlung nicht vom Unfallversicherungsträger als Sachleistung in Anspruch genommen und besteht nach einer Selbstbeschaffung der Sachleistung kein Anspruch auf Kostenerstattung, scheidet auch die Erstattung von Reisekosten (als die Sachleistung ergänzende Leistung) aus, die für Wege zur Inanspruchnahme selbstbeschaffter Heilbehandlungsleistungen entstanden sind.

LSG Niedersachsen-Bremen, Urt. v. 17. 8. 2023 – L 6 U 88/22 –

Breith. 2024, 746

§ 2 Abs. 1 Nr. 15 Buchst. a SGB VII; § 40 Abs. 1 Satz 1 SGB V

1. Für ambulante Maßnahmen besteht nur hinsichtlich der Rehabilitation Versicherungsschutz nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 Buchst. a SGB VII.

2. Leistungen ambulanter (§ 40 SGB V) medizinischer Rehabilitation werden erbracht durch besondere Rehabilitationseinrichtungen. Da auch ambulante Rehabilitationsleistungen nach § 40 Abs. 1 Satz 1 SGB V generell in „Rehabilitationseinrichtungen“ erbracht werden, gilt auch hier, dass der Inhalt der medizinischen Leistungen auf der Grundlage eines ganzheitlich orientierten, komplexen und individuellen (vgl. §§ 4 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2, 8 Abs. 1 und 3, 42 Abs. 3 SGB IX), unter ärztlicher Verantwortung und Mitwirkung des Reha-Teams (vgl. § 107 Abs. 2 Nr. 2

SGB V) erstellen Konzepts zu erfolgen hat. Diese Kriterien erfüllt eine physiotherapeutische Praxis nicht.

LSG Thüringen, Urt. v. 25. 1. 2024 – L 1 U 365/22 –

Breith. 2024, 569

§ 8 Abs. 1 SGB VII; § 105 Abs. 1 SGB X; § 11 Abs. 5 Satz 1 SGB V; § 5 Abs. 1 EntgFG

1. Beschäftigte können bei Verrichtungen zum Zwecke der postalischen Übersendung der für den Unternehmer bestimmten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung unter dem Schutz der gesetzlichen UV stehen.

2. Pauschale Leistungsablehnungen in Bescheiden der Unfallversicherungsträger entfalten in der Regel keine Bindungswirkung im Sozialleistungsverhältnis.

3. Ein Unfallversicherungsträger kann dem Erstattungsbegehren einer Krankenkasse die gegenüber Versicherten ergangene bestandskräftige Ablehnung jedenfalls nicht entgegenhalten, wenn diese offensichtlich fehlerhaft ist.

BSG, Urt. v. 30. 3. 2023 – B 2 U 1/21 R –

Breith. 2024, 207

§ 8 Abs. 1 SGB VII; §§ 62, 116, 118 Abs. 1 Satz 2 SGG; §§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO

1. Zur Abgrenzung der Diagnose einer spezifischen Phobie von einer dissoziativen Bewegungsstörung.

2. Zur Nichtanerkennung einer dissoziativen Bewegungsstörung als unmittelbare Folge eines Unfallereignisses mangels Vorliegens der hinreichenden Wahrscheinlichkeit.

3. Jeder Verfahrensbeteiligte hat grundsätzlich – zur Gewährleistung des rechtlichen Gehörs – ein Recht auf Befragung eines Sachverständigen, der ein (schriftliches) Gutachten erstattet hat (§§ 116 Satz 2, 118 Abs. 1 SGG i.V.m. §§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO; § 62 SGG). Sachdienlichkeit i.S.v. § 116 Satz 2 SGG ist zu bejahen, wenn sich die Fragen im Rahmen des Beweisthemas halten und nicht abwegig oder bereits eindeutig beantwortet sind.

LSG Thüringen, Urt. v. 11. 5. 2023 – L 1 U 129/20 –

Breith. 2024, 36

§ 8 Abs. 1 SGB VII

1. Die Eingangsvoraussetzung für die Anerkennung einer Infektion mit dem Virus SARS-CoV2 als Arbeitsunfall ist ein Kontakt mit einer Indexperson während einer versicherten, ggfs. betrieblichen Verrichtung.

2. Eine Indexperson ist eine Person, die nachweislich bereits vor dem Versicherten mit dem Virus SARS-CoV-2 infiziert war.

3. Eine solche vorhergehende Infektion kann in der Regel nur durch einen positiven PCR-Test, unter Umständen auch nur durch einen Schnelltest, nachgewiesen werden. Dass die vermeintliche Indexperson vor dem Kontakt unspezifische Symptome gezeigt hatte, reicht nicht aus.

4. Erst wenn ein solcher Kontakt mit einer Indexperson im Vollbeweis gesichert ist, muss auf zweiter Ebene ein Wahrscheinlichkeitszusammenhang zwischen diesem Kontakt und der späteren Infektion des Versicherten bestehen. Hier sind als Indi-

zien unter Umständen die räumliche Nähe und die Dauer des Kontakts oder das Tragen von Schutzmitteln (FFP- oder medizinische Masken) relevant.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 29. 4. 2023 – L 1 U 2085/23 – *Breith. 2024, 649*

§§ 8 Abs. 1 Satz 1, 124 Nr. 2, 131 SGB VII

1. Ein Unfall bei Baumfällarbeiten auf der Hoffläche eines landwirtschaftlichen Unternehmens kann versicherter Arbeitsunfall sein.

2. Die Frage der Beitragserhebung für die Hoffläche ist für die Entscheidung über das Vorliegen eines Arbeitsunfalls nicht maßgeblich.

SG München, Urt. v. 25. 8. 2023 – S 1 U 5011/23 – *Breith. 2024, 105*

§ 8 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Nr. 1 SGB VII

Wird ein Betriebsweg unterbrochen, um an einer direkt an den Weg angrenzenden Tankstelle den nahezu leeren Tank des dienstlich genutzten Fahrzeugs aufzufüllen, entfällt im Unterschied zu Tankstopps auf Wegen zu und von der versicherten Tätigkeit der Schutz der gesetzlichen UV nicht.

LSG Rheinland-Pfalz, Urt. v. 11. 12. 2023 – L 2 U 27/23 – *Breith. 2024, 391*

§ 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII

1. Zur Heranziehung der Entscheidungsgründe zur Auslegung eines Urteilstenors.

2. Zur Gefährdung eines Kreuzbandes durch einen unkontrollierten Ausweichsprung mit Landung auf einem Bein.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 19. 12. 2023 – L 6 U 87/17 – *Breith. 2024, 484*

§§ 8 Abs. 2 Nr. 1, 73 Abs. 3, 212, 214 Abs. 3 Satz 2 SGB VII; §§ 44 Abs. 1 Satz 1, 45, 48 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und Abs. 3 SGB X; §§ 539 Abs. 1 Nr. 1, 548 Abs. 1 Satz 1, 550 Abs. 1, 581 RVO

Sind ein Arbeitsunfall sowie ein Anspruch auf Verletztenrente vor dem Inkrafttreten des SGB VII bestandskräftig anerkannt worden, so kann bei einer Verschlimmerung der Unfallfolgen keine sogenannte Abschmelzung der Rentenleistung erfolgen, wenn die Anerkennung des Arbeitsunfalls und die Rentengewährung zum damaligen Zeitpunkt entsprechend den geltenden Vorschriften der RVO zu Recht erfolgt waren.

BSG, Urt. v. 30. 3. 2023 – B 2 U 5/21 R – *Breith. 2024, 763*

§ 9 Abs. 1 SGB VII; Anl. 1 Nr. 3101 und 3102 BKV

Für die Einwirkung im Sinn der Berufskrankheit „Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten“ (Nr. 3102) genügt eine besonders erhöhte Infektionsgefahr.

BSG, Urt. v. 30. 3. 2023 – B 2 U 2/21 R – *Breith. 2024, 109*

§ 9 Abs. 1 SGB VII; Nr. 2108 Anl. 1 BKV

Liegt die Konstellation B3 der Konsensempfehlungen zur BK 2108 vor, ist eine weitere Einzelfallprüfung über die Kriterien der Konsensempfehlungen hinaus obsolet, weil zur Beurteilung einer solchen Konstellation keine herrschende medizinische Meinung existiert. Sofern das BSG in einer solchen Situation eine weitergehende Prüfung verlangt (BSG, Urt. v. 23.4.2015 – B 2 U 6/13 R – *Breith. 2016, 134*),

setzt es sich in Widerspruch zu dem von BSG wiederholt bekräftigten Grundsatz, dass die Kausalitätsprüfung auf der Grundlage des aktuellen anerkannten Stands der medizinischen Wissenschaft zu erfolgen hat (BSG, Urt. v. 24.7.2012 – B 2 U 9/11 R und BSG, Urt. v. 16.3.2021 – B 2 U 11/19 R).

Bay. LSG, Urt. v. 26. 6. 2024 – L 2 U 461/15 –

Breith. 2024, 834

§ 162 Abs. 1 Satz 3 und 4 SGB VII

1. Eine Berufsgenossenschaft kann im Rahmen ihrer Satzungsautonomie frei entscheiden, ob sie von den Kriterien des § 162 Abs. 1 Satz 4 SGB VII (Zahl, Schwere, Aufwendungen) für die Bewilligung von Zuschlägen oder Nachlässen mehrere miteinander kombiniert oder nur eines dieser Merkmale zugrunde legen will.

2. Werden allein Aufwendungen zum Maßstab für Zuschläge gemacht, kann nicht eingewandt werden, die fraglichen Aufwendungen beruhten nicht auf dem versicherten Unternehmen zurechenbare Umstände (hier: Behauptete Kunstfehler bei der Behandlung des Versicherten).

LSG Mecklenburg-Vorpommern, Urt. v. 2. 7. 2024 –
L 5 U 42/18 –

Breith. 2024, 934

Sozialgesetzbuch IX

– Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen –

§§ 1 Satz 1, 4 Abs. 1, 146 Abs. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB IX; § 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV; § 2 VersMedV;
§ 170 Abs. 2 Satz 2 SGG; Art. 1 UN-BRK

1. Für die Feststellung des Merkzeichens „aG“ ist in räumlicher Hinsicht auf eine Umgebung abzustellen, wie sie nach dem Verlassen eines Kraftfahrzeugs typischerweise vorzufinden ist.

2. Sturzgefahr rechtfertigt das Merkzeichen „aG“ nur dann, wenn der Betroffene aus der objektiven und medizinisch begründeten Sicht eines verständigen behinderten Menschen dauerhaft auf einen Rollstuhl angewiesen ist.

BSG, Urt. v. 9. 3. 2023 – B 9 SB 1/22 R –

Breith. 2024, 50

§§ 2, 152 Abs. 1 und Abs. 3 SGB IX

1. Die in den Versorgungsmedizinischen Grundsätzen (VG) zur Bestimmung des Grades der Behinderung (GdB) für einen Morbus Crohn aufgeführten Auswirkungen stellen lediglich Regelbeispiele dar, die weder kumulativ vorliegen müssen noch abschließend sind (Anschluss an LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 13.6.2014 – L 13 SB 371/13 und LSG Sachsen, Urt. v. 25.5.2005 – L 6 SB 55/04). Auch in den Regelbeispielen nicht explizit aufgeführte Beeinträchtigungen durch den Morbus Crohn können bei der Bemessung des GdB berücksichtigt werden.

2. Kann bei Vorliegen eines Morbus Crohn eine Beeinträchtigung des Kräfte- und Ernährungszustandes nicht festgestellt werden, führt dies nicht ausnahmslos dazu, dass maximal ein GdB von 40 angenommen werden kann (Anschluss an Bay. LSG, Urt. v. 25.4.2018 – L 2 SB 199/17).

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 26. 6. 2024 – L 3 SB 3164/23 –

Breith. 2024, 875

§§ 65 Abs. 2 Nr. 2, 66, 67, 68 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 SGB IX
s. §§ 20, 21 SGB VI

Breith. 2024, 499

§§ 78, 90, 102 Nr. 4, 113 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 5 SGB IX; § 86b Abs. 2 SGG

Reduziert sich der Bedarf an Leistungen der Eingliederungshilfe und ist der Umzug in eine Außenwohngruppe mit einem geringeren Personalschlüssel in Aussicht genommen, ist dem behinderten Menschen bei nur eingeschränkter Umstellungsfähigkeit eine angemessene Übergangszeit einzuräumen, um die Erfolge der erbrachten Rehabilitationsleistungen nicht zu gefährden. Zusätzlich sind die notwendigen Umzugshilfen zu gewähren.

LSG Sachsen, Beschl. v. 11. 12. 2023 – L 8 SO 61/23 B ER –

Breith. 2024, 586

§§ 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 bis 5 SGB IX;
§ 2 VersMedV; § 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV; Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 1 UN-BRK

Für die Feststellung des Merkzeichens „aG“ ist in räumlicher Hinsicht auf die typische Umgebung nach dem Verlassen eines Kraftfahrzeugs, insbesondere auch abseits vertrauter Wege abzustellen.

BSG, Urt. v. 9. 3. 2023 – B 9 SB 8/21 R –

Breith. 2024, 345

§ 152 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGB IX; §§ 33 Abs. 1, 37 Abs. 2 Satz 1,
§ 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X; § 54 Abs. 1 Satz 1 SGG; Anl. zu § 2 VersMedV

1. Soweit die Behörde den GdB „ab Bekanntgabe“ abgesenkt hat, begegnet dies keinen rechtlichen Bedenken, insbesondere ist der Bescheid nicht unbestimmt.

2. Maßgeblich für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit eines den GdB absenkenden Bescheides ist der Zeitraum zwischen Bekanntgabe des Bescheides und des Widerspruchsbeseides.

3. Bedenkt man, dass nach Teil A Nr. 3 d) ee) VMG regelmäßig leichte Gesundheitsstörungen, die nur einen GdB von 10 bedingen, nicht zu einer Zunahme des Ausmaßes der Gesamtbeeinträchtigung führen, auch nicht, wenn mehrere derartige leichte Gesundheitsstörungen nebeneinander bestehen, und es auch bei leichten Funktionsbeeinträchtigungen mit einem GdB von 20 vielfach nicht gerechtfertigt ist, auf eine wesentliche Zunahme des Ausmaßes der Behinderung zu schließen, ist es in der Regel nicht gerechtfertigt, nur mit Einzel-GdB von 20 und 10 einen Gesamt-GdB von 50 oder mehr zu bilden.

LSG Berlin-Brandenburg, Urt. v. 17. 8. 2023 –
L 11 SB 229/23 WA –

Breith. 2024, 133

Sozialgesetzbuch X – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz –

§ 9 SGB X; § 36a Abs. 2 SGB I; §§ 78, 84 Abs. 1 Satz 1 SGG; Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG

1. Durch einfache E-Mail wird die nach § 84 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 36a Abs. 2 SGB I erforderliche Form des Widerspruchs nicht gewahrt.

2. Das in § 84 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 36a Abs. 2 SGB I geregelte Formerfordernis verstößt weder gegen das Benachteiligungsverbot noch gegen den Förderauftrag von Art. 3 Abs. 3 GG.

LSG Hessen, Urt. v. 18. 10. 2023 – L 4 SO 180/21 – *Breith. 2024, 276*

§ 17 SGB X s. § 14 Abs. 3 Satz 1 SGB II *Breith. 2024, 695*

§ 21 Abs. 1 Satz 1 SGB X s. §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 99 ff.,
118 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 4 SGB V *Breith. 2024, 17*

§§ 24 Abs. 1, 41 Abs. 2 Nr. 3 SGB X s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3,
9 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 1 und 4 SGB II *Breith. 2024, 607*

§ 31 SGB X s. § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI *Breith. 2024, 508*

§ 31 Satz 1 SGB X; §§ 69 Nr. 3, 75, 141 Abs. 1 Nr. 1, 202 Satz 1 SGG;
§ 17 Abs. 1 Satz 2 GVVG; Art. 19 Abs. 4 GG

Die Rechtskraftwirkung eines Urteils schließt eine erneute Entscheidung in einem neuerlichen Rechtsstreit über denselben Streitgegenstand aus, wenn der im rechtskräftig abgeschlossenen Verfahren Beigeladene gegen denselben Verwaltungsakt mit Drittwirkung klagt.

BSG, Urt. v. 20. 7. 2023 – B 12 BA 1/22 R – *Breith. 2024, 902*

§§ 33 Abs. 1, 37 Abs. 2 Satz 1, § 48 Abs. 1 Satz 1 SGB X
s. § 152 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGB IX *Breith. 2024, 133*

§ 33 Abs. 1 SGB X s. § 2 Abs. 1, §§ 16,
93 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB XII *Breith. 2024, 594*

§§ 35 Abs. 1 Satz 3, 50 Abs. 1, 66 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4
SGB X s. § 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I *Breith. 2024, 771*

§ 36 SGB X s. § 36a Abs. 1 und Abs. 2 SGB I *Breith. 2024, 998*

§ 44 SGB X; § 60 Abs. 1 IfSG; §§ 30, 31 BVG; §§ 51, 52 BSeuchG

1. Eine sog. Kann-Versorgung setzt für die Annahme eines Ursachenzusammenhangs zwischen einer Impfung und einem Gesundheitsschaden eine „qualifizierte Möglichkeit“ bzw. eine wissenschaftlich vertretene „Mindermeinung“ voraus. Eine nur theoretische Möglichkeit genügt nicht.

2. Die Frage der Entstehung der Multiplen Sklerose (MS) ist medizinisch-wissenschaftlich umstritten. Demgegenüber ist geklärt, dass eine Gripeschutz- bzw. Tetanusimpfung nicht zur Entstehung einer MS beitragen kann. Ein allenfalls möglicher Pseudoschub kann damit nicht gleichgesetzt werden.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 26. 4. 2023 – L 7 VE 14/18 – *Breith. 2024, 138*

§ 44 SGB X s. § 34 SGB II *Breith. 2024, 59*

§§ 44 Abs. 1 Satz 1, 45, 48 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 und Abs. 3
SGB X s. §§ 8 Abs. 2 Nr. 1, 73 Abs. 3, 212, 214 Abs. 3 Satz 2
SGB VII *Breith. 2024, 763*

§ 45 SGB X s. § 15 SGB IV *Breith. 2024, 44*

§ 52 Abs. 2 SGB X s. §§ 40 Abs. 8, 42a Abs. 4 SGB II *Breith. 2024, 247*

§ 64 Abs. 3 Satz 2 Halbs. 1 und 2 SGB X; § 2 Abs. 3 und Abs. 5 Satz 1 GKG;
§ 197a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 SGG

1. Vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit können Sozialleistungsträger lediglich in Erstattungsstreitigkeiten zu Gerichtskosten herangezogen werden.

2. § 197a Abs. 3 SGG gilt für jedweden Erstattungsstreit unter jedwedem Träger und damit auch unter Trägern gleicher Leistungsart (vgl. LSG Thüringen, Beschl. v. 2.5.2018 – L 1 SF 292/16 B).

LSG Thüringen, Beschl. v. 9. 1. 2024 – L 1 SF 76/23 E – *Breith. 2024, 806*

§§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X; §§ 51 Abs. 1 Nr. 10, 202 Satz 1 Halbs. 1 SGG; § 839 Abs. 1 Satz 1 BGB; §§ 17 Abs. 2 Satz 1, 17a Abs. 2 Satz 1 GVG; Art. 34 Satz 1 bis 3 GG; Art. 79 Abs. 2, Art. 82 Abs. 1 und 6 VO (EU) Nr. 679/2016

Für Schadenersatzansprüche nach der Datenschutz-Grundverordnung wegen datenschutzrechtlicher Verstöße im Rahmen eines der Sozialgerichtsbarkeit zugewiesenen Rechtsverhältnisses ist der Sozialrechtsweg eröffnet.

BSG, Beschl. v. 6. 3. 2023 – B 1 SF 1/22 R – *Breith. 2024, 455*

§§ 88 Abs. 1 Satz 1, 89, 97 SGB X s. § 197b Satz 2 SGB V *Breith. 2024, 725*

§§ 105, 111, 112 SGB X; § 814 BGB

1. § 111 Satz 2 SGB X findet auf Erstattungsansprüche gemäß § 105 SGB X Anwendung. Die Möglichkeit einer Eingrenzung des Anwendungsbereichs auf einzelne Erstattungsnormen scheidet aufgrund der Gesetzesbegründung und des Wortlauts der Vorschrift aus.

2. Voraussetzung der Anwendung des § 111 Satz 2 SGB X ist, dass eine sachliche Entscheidung des erstattungspflichtigen Leistungsträgers gegenüber dem leistungsberechtigten Versicherten bereits vorliegt oder zumindest in Betracht kommt. Eine Entscheidung gegenüber dem erstattungsberechtigten Leistungsträger reicht nicht aus.

3. Im Hinblick auf die Anwendung des § 111 SGB X spielt es keine Rolle, ob dem Erstattungsanspruch eine Geld- oder eine Sachleistung zugrunde liegt.

LSG Hessen, Urt. v. 31. 10. 2023 – L 3 U 99/21 – *Breith. 2024, 304*

§ 105 Abs. 1 SGB X s. § 8 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2024, 207*

Sozialgesetzbuch XI – Soziale Pflegeversicherung –

§§ 1 Abs. 1 und Abs. 3, 29, 37 Abs. 3, 39, 45b,
46 Abs. 1 und Abs. 2 SGB XI s. § 197b Satz 2 SGB V *Breith. 2024, 725*

§§ 18 Abs. 1 Satz 1 SGB XI; §§ 88, 193 Abs. 1 SGG

1. Verzögerungen bei der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst können einer Pflegekasse zugerechnet werden.

2. Pflegekassen haben ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um eine Verschleppung des Widerspruchsverfahrens durch den Medizinischen Dienst zu verhindern.

SG Marburg, Beschl. v. 12. 1. 2024 – S 19 P 4/23 –

Breith. 2024, 373

§§ 20 Abs. 1 Satz 1 und 2 Nr. 11, 26, 33 Abs. 1 Satz 1, 37 Abs. 1 Satz 1, 49 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB XI

s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V

Breith. 2024, 461

§ 20 Abs. 1 Nr. 9 SGB XI s. § 2 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. c SGB VII *Breith. 2024, 753*

§ 40 Abs. 4 SGB XI; § 33 Abs. 1 Satz 1 SGB V; § 192 Abs. 6 Satz 3 VVG

Eine videogestützte Türöffnungsanlage ist keine wohnumfeldverbessernde Maßnahme, sondern ein der Leistungszuständigkeit der KV zuzurechnendes Hilfsmittel zum mittelbaren Behinderungsausgleich.

BSG, Urt. v. 30. 11. 2023 – B 3 P 5/22 R –

Breith. 2024, 828

Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe –

§ 2 Abs. 1, §§ 16, 93 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB XII; § 33 Abs. 1 SGB X;
§§ 516 Abs. 1, 528 Abs. 1 Satz 1, 818 Abs. 2 BGB

1. Eine Überleitungsanzeige leidet unter einem Ermessensfehler, wenn der bisherige Gläubiger zuvor nicht angehört worden ist.

2. Eine Überleitungsanzeige ist auch hinsichtlich eines zukünftigen Leistungszeitraums hinreichend bestimmt, wenn der Wert der übergeleiteten Forderung als Obergrenze der Überleitung sowie als Endzeitpunkt das Ende des Hilfebedarfs angegeben wird.

BSG, Urt. v. 23. 2. 2023 – B 8 SO 9/21 R –

Breith. 2024, 594

§§ 9 Abs. 1 und Abs. 2, 74 SGB XII; §§ 53, 324 Abs. 1 InsO

Dem (selbst aufstockend Grundsicherung beziehenden) Angehörigen der Verstorbenen (hier des Bruders) ist die Übernahme der Bestattungskosten nicht i.S.v. § 74 SGB XII zumutbar, nachdem er das Erbe wegen deutlicher Überschuldung (zum Zeitpunkt des Todes standen einem Guthaben von 1 078,04 Euro ca. 44 000 Euro Verbindlichkeiten gegenüber) ausgeslagen hatte und danach keinerlei Informationen mehr hinsichtlich des aktuellen Kontostandes (einschließlich möglicher Gutschriften) sowie eines dennoch bestehenden möglichen Anspruchs auf Übernahme der Bestattungskosten durch den Nachlasspfleger erhalten hatte.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 27. 11. 2023 –
L 2 SO 1092/23 –

Breith. 2024, 339

§§ 18, 19 Abs. 6, 25 SGB XII; § 30 SGB I; § 5 Abs. 1 Nr. 13 SGB V; § 75 SGG;
Art. 5, Art. 11 Abs. 3 Buchst. e) VO (EG) Nr. 883/2004

1. Kenntnis i.S.d. § 18 SGB XII und § 25 SGB XII liegt im Grundsatz vor, wenn dem Sozialhilfeträger die konkrete Möglichkeit eines sozialhilferechtlichen Bedarfs bzw. hinreichende Anhaltspunkte für die Hilfestellung bekannt sind und er aufgrund dieser Umstände die Notwendigkeit zur Aufklärung des Sachverhalts von Amts wegen sehen muss.

2. Das Tatbestandsgleichstellungsgebot des Art. 5 VO (EG) 883/2004 ist nicht auf die Anwendung der Kollisionsnormen der VO (EG) 883/2004 zu erstrecken.

LSG Hessen, Urt. v. 20. 3. 2024 – L 4 SO 120/20 –

Breith. 2024, 687

§§ 18 Abs. 1, 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 3, Satz 5 Nr. 3 und Satz 6, 25 Satz 1, 48 SGB XII; §§ 2 Abs. 2 Nr. 5, 4 Satz 1 FreizügG/EU

1. Bei Überbrückungsleistungen, die für einen begrenzten Zeitraum und in eingeschränktem Umfang einem Unionsbürger gewährt werden, handelt es sich um Hilfe zum Lebensunterhalt bzw. Hilfe bei Krankheit, nicht dagegen um gegenüber der Sozialhilfe eigenständige Leistungen.

2. Der Anspruch auf Überbrückungsleistungen setzt weder einen Ausreisewillen noch eine Ausreisebereitschaft des Ausländers voraus.

BSG, Urt. v. 13. 7. 2023 – B 8 SO 11/22 R –

Breith. 2024, 520

§§ 19 Abs. 2, 27a, 41 Abs. 3, 93, 102 Abs. 5 SGB XII; Art. 28 Abs. 2, Art. 85 Abs. 1, Art. 104a Abs. 2 und 3 GG

Zum Ausgleich von Geldleistungen nach Maßgabe des Landesrechts im Rahmen der Erstattung durch den Bund gemäß § 46a SGB XII bei nachträglicher Feststellung einer dauerhaften vollen Erwerbsminderung i.S.v. § 41 Abs. 3 SGB XII und Bewilligung und Auszahlung von Leistungen nach dem Dritten Kapitel des SGB XII.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 28. 11. 2023 – L 8 SO 46/21 –

Breith. 2024, 778

§ 23 Abs. 3 Satz 1 SGB XII s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II

Breith. 2024, 428

§§ 77, 81 SGB XII; §§ 54 Abs. 5, 86b Abs. 2 Satz 2 SGG; § 17b Abs. 2 Satz 2 GVG

1. Zum einstweiligen Rechtsschutz bei dem Begehren einer gerichtlichen Ersetzung der noch ausstehenden Entscheidung der Schiedsstelle nach § 81 SGB XII.

2. Zu den Kosten des Verfahrens nach Verweisung: Mehrkosten i.S.v. § 17b Abs. 2 Satz 2 GVG fallen bei einer Verweisung vom LSG an das SG im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes im Gegensatz zu der entsprechenden Verweisung im Hauptsacheverfahren nicht an.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 16. 2. 2024 – L 8 SO 59/23 B ER –

Breith. 2024, 516

§ 98 Abs. 2 SGB XII s. §§ 36 Abs. 1 Satz 2, 36a SGB II

Breith. 2024, 164

Sozialgesetzbuch XIV – Soziale Entschädigung –

§ 141 SGB XIV s. §§ 60, 61 IfSG

Breith. 2024, 677

Wohngeldgesetz

§ 12 WoGG s. § 22 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 4 SGB II

Breith. 2024, 704

Bürgergeld-Verordnung

§ 3 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 7 Satz 1 Bürgergeld-V; §§ 86b Abs. 2 Satz 2, 172 Abs. 1, 173 SGG; § 920 Abs. 2 ZPO; Art. 19 Abs. 4 GG

1. Die Gerichte müssen in den Fällen, in denen es im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes um die Sicherung des verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimums geht, die Sach- und Rechtslage nicht nur summarisch, sondern abschließend prüfen, wenn sie sich an den Erfolgsaussichten der Hauptsache orientieren wollen (BVerfG, Beschl. v. 20.5.2020 – 1 BvR 2289/19 – Juris, RdNr. 9).

2. Andererseits ist es nach Sinn und Zweck des Eilverfahrens regelmäßig nicht Aufgabe der Gerichte, schon im Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes eine umfassende rechtliche Prüfung der Hauptsache vorzunehmen, da damit die Effektivität dieses Verfahrens geschwächt würde (BVerfG, Beschl. v. 20.5.2020 – 1 BvR 2289/19 – Juris, RdNr. 9).

3. Einer abschließenden Prüfung der Hauptsache bedarf es nicht, wenn es nach umfassender Würdigung des gesamten Sachverhalts an einem Anordnungsgrund für die begehrte einstweilige Anordnung fehlt, weil im konkreten Einzelfall das Existenzminimum aller Betroffenen durch tatsächlich verfügbare bereite Mittel gedeckt ist.

4. Bei der Prüfung des Anordnungsgrundes und damit der besonderen Eilbedürftigkeit im einstweiligen Rechtsschutzverfahren können auch solche Mittel Berücksichtigung finden, deren Inanspruchnahme im Rahmen der materiellen Prüfung des Anspruchs nicht eingefordert werden kann, die den Betroffenen aber tatsächlich zur Beseitigung der Notlage zur Verfügung stehen; hier ist vielmehr entscheidend, dass auch der vom Freibetrag geschützte Betrag den Betroffenen tatsächlich zur Verfügung steht und ihnen daher ein Abwarten des Hauptsacheverfahrens zumutbar ist (BVerfG, Beschl. v. 20.5.2020 – 1 BvR 2289/19 – Juris, RdNr. 7).

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 31. 10. 2023 –
L 3 AS 2391/23 ER-B –

Breith. 2024, 252

Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung

§ 6 Abs. 1 Nr. 3 Alg II-V s. § 11b Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB II

Breith. 2024, 602

Reichsversicherungsordnung

§§ 539 Abs. 1 Nr. 1, 548 Abs. 1 Satz 1, 550 Abs. 1, 581 RVO
s. §§ 8 Abs. 2 Nr. 1, 73 Abs. 3, 212, 214 Abs. 3 Satz 2 SGB VII

Breith. 2024, 763

Berufsbildungsgesetz

§ 34 BBiG s. §§ 56 Abs. 1 Nr. 1, 57 Abs. 1 SGB III

Breith. 2024, 262

Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen

Kap. 4 EBM-Ä s. §§ 73 Abs. 1 Satz 1, Abs. 1a Satz 1 Nr. 2,
Satz 2, 3 und 5, 75 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 2,
87 Abs. 2a Satz 1, Abs. 2b und Abs. 2c Satz 1 und 4, 87b Abs. 1,
95a Abs. 1 Nr. 2, 96 Abs. 1 und Abs. 4 Satz 1, 97 SGB V

Breith. 2024, 283

Ärzte-Zulassungsverordnung

§§ 24 Abs. 7, 26 Abs. 1 und 2, 27 Satz 1 Ärzte-ZV

s. § 95 Abs. 1 Satz 4, 5 und 7, Abs. 5 Satz 1, Abs. 6 Satz 1 und 3, Abs. 7 Satz 2 SGB V

Breith. 2024, 378

Transplantationsgesetz

§ 13 Abs. 3 Satz 3 TPG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 39 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V

Breith. 2024, 563

Coronavirus-Testverordnung

§§ 4a, 6 Abs. 1, 7 Abs. 6 Nr. 3, 7a Abs. 5 Satz 2, 11 Coronavirus-TestV s. §§ 86a Abs. 3 Satz 2, 86b Abs. 1 SGG

Breith. 2024, 6

Arzneimittelpreisverordnung

§§ 1 Abs. 2 Nr. 1, 5 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 und Satz 2, Abs. 5 Satz 1 AMPreisV

1. Der Rezepturzuschlag nach § 5 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 3 AMPreisV kann für eine vertragsärztliche Verordnung nur einmal in Ansatz gebracht werden und nicht für jede daraus resultierende Applikationseinheit (hier: mehrere Fläschchen mit Augentropfen).

2. Zur Retaxierung und Aufrechnung durch die Krankenkasse.

LSG Baden-Württemberg, Urtr. v. 29. 1. 2024 – L 4 KR 3239/21 – *Breith. 2024, 813*

Erste Verordnung (EU) Nr. 745/2017 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2017 über Medizinprodukte – VO (EU) Nr. 745/2017

Art. 5, Art. 19, Art. 20 MP-VO s. §§ 33 Abs. 1 Satz 1, 139 SGB V

Breith. 2024, 277

Krankenhausfinanzierungsgesetz

§ 17 Abs. 1 Satz 1 KHG s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1, 75 Abs. 2 und Abs. 5, 177, 202 SGG

Breith. 2024, 808

§ 17b KHG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 39 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V

Breith. 2024, 563

§ 17b KHG s. §§ 39 Abs. 1 Satz 3, 107 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 2 SGB V

Breith. 2024, 642

§ 17b KHG s. §§ 109 Abs. 4 Satz 3, 301 Abs. 2 Satz 4 und 6 SGB V

Breith. 2024, 89

§ 17b Abs. 1 KHG s. § 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V

Breith. 2024, 468

§§ 17b Abs. 2 Satz 1, 17c Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KHG

s. §§ 12 Abs. 1, 69 Abs. 1 Satz 3, 109 Abs. 4 Satz 2,
275 Abs. 1c Satz 1 SGB V *Breith. 2024, 733*

§ 17b Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 Halbs. 2 KHG s. § 12 Abs. 1
SGB V *Breith. 2024, 475*

§ 17c Abs. 2 KHG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 4 Abs. 4,
12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1, 109 Abs. 4 Satz 3,
112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2, 275 Abs. 1c SGB V *Breith. 2024, 200*

Krankenhausentgeltgesetz

§ 2 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 KHEntgG s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2,
Abs. 2 Satz 1, 75 Abs. 2 und Abs. 5. 177, 202 SGG *Breith. 2024, 808*

§ 2 Abs. 2 Satz 1, Satz 2 Nr. 2, §§ 7, 8 Abs. 1 KHEntgG
s. § 39 Abs. 1 Satz 3, 107 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 2 SGB V *Breith. 2024, 642*

§ 7 KHEntgG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 39 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3
SGB V *Breith. 2024, 563*

§ 7 Abs. 1 Satz 1, § 9 KHEntgG s. §§ 12 Abs. 1,
69 Abs. 1 Satz 3, 109 Abs. 4 Satz 2, 275 Abs. 1c Satz 1 SGB V *Breith. 2024, 733*

§§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 KHEntgG
s. § 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V *Breith. 2024, 468*

§ 8 Abs. 5 Satz 3 KHEntgG s. § 12 Abs. 1 SGB V *Breith. 2024, 475*

§§ 8 Abs. 7, 11 Abs. 1 Satz 3 KHEntgG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1,
Abs. 4, 4 Abs. 4, 12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1,
109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2,
275 Abs. 1c SGB V *Breith. 2024, 200*

Gesetz über die Versorgung der Beamten und Richter des Bundes

§ 55 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 und 4, Abs. 4 BeamtVG s. §§ 4 Abs. 2,
35 SGB VI *Breith. 2024, 946*

Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte

§§ 11 Abs. 1 Nr. 3, 45 Abs. 1, 94 Abs. 1 Satz 1 ALG
s. § 118 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2024, 227*

Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz

§ 1 Abs. 1 AAÜG

1. Arbeitgeber im rechtlichen Sinn kann nur ein rechtsfähiges Subjekt (Betrieb oder Kombinat), nicht aber eine nichtrechtsfähige Organisationseinheit (Betriebsteil oder nichtrechtsfähige Kombinatiatsleitung) sein.

2. Der in einem Arbeitsvertrag bezeichnete „Arbeitsort“ ist nicht der Arbeitgeber eines Werk tätigen.

3. Die künstliche Aufspaltung eines Überleitungsvertrages nach §§ 51, 53 DDR-AGB in einen rechtswirksamen Arbeitsverhältnisbeendigungsteil und einen rechtsunwirksamen Arbeitsverhältnisbegründungsteil ist nicht möglich, da es sich um einen einheitlichen Dreiecksvertrag handelt, der nur insgesamt wirksam oder unwirksam sein kann.

LSG Sachsen, Urt. v. 18. 4. 2024 – L 7 R 15/24 ZV –

Breith. 2024, 660

Fremdrentengesetz

§§ 1, 4, 28b FRG s. §§ 56 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, 249 Abs. 1 SGB VI

Breith. 2024, 326

Berufskrankheitenverordnung

Anl. 1 Nr. 3101 Alt. 4 BKV s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 12, 9 Abs. 1 Satz 1 und 2 SGB VII

Breith. 2024, 490

Anl. 1 Nr. 3101 und 3102 BKV s. § 9 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2024, 109

Nr. 2108 Anl. 1 BKV s. § 9 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2024, 834

Schwerbehindertenausweisverordnung

§ 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV s. §§ 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 bis 5 SGB IX

Breith. 2024, 345

§ 3 Abs. 1 Nr. 1 SchwbAwV s. §§ 1 Satz 1, 4 Abs. 1, 146 Abs. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB IX

Breith. 2024, 50

Bundesversorgungsgesetz

§§ 9 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1, 30, 31 Abs. 2 BVG s. §§ 1 Abs. 1 Satz 1, 10 Satz 2, 10a Satz 1 OEG

Breith. 2024, 233

§§ 30, 31 BVG s. § 44 SGB X

Breith. 2024, 138

Versorgungsmedizin-Verordnung

§ 2 VersMedV s. §§ 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 bis 5 SGB IX

Breith. 2024, 345

§ 2 VersMedV s. §§ 1 Satz 1, 4 Abs. 1, 146 Abs. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB IX

Breith. 2024, 50

Anl. zu § 2 VersMedV s. § 152 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGB IX

Breith. 2024, 133

Opferentschädigungsgesetz

§§ 1 Abs. 1 Satz 1, 10 Satz 2, 10a Satz 1 OEG; §§ 9 Abs. 1 Nr. 3 Alt. 1, 30, 31 Abs. 2 BVG; § 15 Satz 1 KOV-VfG

Der Umstand, dass ein Opfer krankheitsbedingt das schädigende Ereignis nicht hinreichend konkret beschreiben kann, begründet weder eine Beweiserleichterung noch eine Beweislastumkehr.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 10. 8. 2023 – L 6 VG 1880/22 – *Breith. 2024, 233*

Bundesseuchengesetz

§§ 51, 52 BSeuchG s. § 44 SGB X

Breith. 2024, 138

Infektionsschutzgesetz

§§ 60, 61 IfSG; § 141 SGB XIV

1. Zur Annahme einer Unterschenkelvenenthrombose als Impfkomplikation (Primärschädigung) infolge einer Impfung mit einem mRNA-Impfstoff (Impfung gegen Covid-19).

2. Die gesundheitliche Schädigung als Primärschädigung, d.h. die Impfkomplikation, muss neben der Impfung und dem Impfschaden, d.h. der dauerhaften gesundheitlichen Schädigung, im Vollbeweis nachgewiesen sein (Fortsetzung der st.Rspr. des Senats).

3. Für die Annahme eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen einer Impfung und einer Impfkomplikation bzw. einem Impfschaden ist ein Nachweis fehlender konkurrierender Ursachen nicht ausreichend.

Bay. LSG, Urt. v. 30. 4. 2024 – L 15 VJ 2/23 –

Breith. 2024, 677

§ 60 Abs. 1 IfSG s. § 44 SGB X

Breith. 2024, 138

Asylbewerberleistungsgesetz

§ 1 Abs. 1 Nr. 5 AsylbLG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II

Breith. 2024, 428

Bundeskindergeldgesetz

§§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 Nr. 3, 6a Abs. 1 BKGG; §§ 128 Abs. 1 Satz 1, 136 Abs. 1 Nr. 5 SGG; §§ 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3, 62 Abs. 1 Satz 1, 63 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG; Art. 3 Abs. 1 GG

1. Eltern eines behinderten Kindes, bei dem die Behinderung vor Vollendung des 25. Lebensjahres eingetreten ist, haben für dieses ohne Begrenzung des Kindesalters einen Anspruch auf Kindergeld.

2. Die generelle Begrenzung des Anspruchs auf Kinderzuschlag auf Kinder, die noch nicht das 25. Lebensjahr vollendet haben, ist abschließend.

3. Das Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz dient ebenso wie die Regelungen zu den Freibeträgen für Kinder in § 32 EStG und zum steuerrechtlichen Kindergeld dem Familienlastenausgleich. Demgegenüber ist der Kinderzuschlag Teil

eines umfassenden Gesetzgebungskomplexes zur Regelung der Grundsicherung für Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern können und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhalten.

4. Die Auffassung, dass nicht das Lebensalter des Kindes, sondern dessen geistige Entwicklung für einen Anspruch auf Kinderzuschlag maßgebend ist, findet in den Regelungen zum Kinderzuschlag keine Stütze.

5. Die Tatbestandsvoraussetzungen für einen Anspruch auf Kinderzuschlag gelten unterschiedslos unabhängig davon, welcher Religionsgemeinschaft ein Antragsteller angehört oder ob er konfessionslos ist.

LSG Sachsen, Urt. v. 8. 5. 2024 – L 3 BK 4/23 –

Breith. 2024, 886

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz

§§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 6, 2b Abs. 1 Satz 1 BEEG; Art. 3 Abs. 1 GG

Die Regelung über eine Verschiebung des Bemessungszeitraums bei Einkommensausfall wegen schwangerschaftsbedingter Erkrankung lässt sich nicht analog auf einen hypothetischen Einkommensausfall arbeitsloser schwangerer Frauen anwenden.

BSG, Urt. v. 9. 3. 2023 – B 10 EG 1/22 R –

Breith. 2024, 144

§§ 1 Abs. 5, 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, 4 Abs. 4 Satz 3 Nr. 1,
Abs. 6 Satz 1 Nr. 3, 4b Abs. 1 Nr. 1, 8 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4
BEEG s. § 44 Abs. 1 SGB V

Breith. 2024, 965

Art. 2, 3 Abs. 3, 8 BayFamGG s. Art. 1z, Art. 3 Abs. 1j, Art. 10,
Art. 11 Abs. 1 Satz 1, Art. 68 Abs. 1 und 2 VO (EG) Nr. 883/
2004

Breith. 2024, 418

Gesetz über die Errichtung der Verwaltungsbehörden der Kriegsoferversorgung

§ 15 Satz 1 KOV-VfG s. §§ 1 Abs. 1 Satz 1, 10 Satz 2, 10a Satz 1
OEG

Breith. 2024, 233

Aufenthaltsgesetz

§ 81 AufenthG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II

Breith. 2024, 428

Sozialgerichtsgesetz

§§ 51 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1, 75 Abs. 2 und Abs. 5. 177, 202 SGG; §§ 13,
17a Abs. 4 Satz 4 GVG; § 2 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 KHEntgG; § 17 Abs. 1 Satz 1 KHG;
§ 812 BGB

Für den Bereicherungsanspruch eines Krankenhauses gegen einen niedergelassenen Arzt ist der Zivilrechtsweg auch dann eröffnet, wenn die Leistung des niedergelas-

senen Arztes Teil einer vom Krankenhaus mit einer gesetzlichen Krankenkasse abgerechneten Behandlung ist.

BSG, Beschl. v. 29. 8. 2023 – B 1 SF 2/22 R –

Breith. 2024, 808

§§ 51 Abs. 1 Nr. 10, 202 Satz 1 Halbs. 1 SGG

s. §§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X

Breith. 2024, 455

§ 54 Abs. 1 Satz 1 SGG s. § 152 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 SGB IX

Breith. 2024, 133

§§ 54 Abs. 5, 86b Abs. 2 Satz 2 SGG s. §§ 77, 81 SGB XII

Breith. 2024, 516

§§ 55 Abs. 1, 56a Satz 1 SGG

1. Eine Feststellungsklage, mit der Mitwirkungspflichten geklärt werden sollen, ist gegenüber einer Gestaltungs- oder Leistungsklage nicht subsidiär, wenn der Kläger zwischenzeitlich seiner Mitwirkungspflicht nachgekommen und diese deshalb für einen aktuellen Bewilligungszeitraum nicht entscheidungserheblich ist, aber für nachfolgende Bewilligungszeiträume eine Klärung zu erwarten ist.

2. Gegen die Aufforderung zur Mitwirkung nach den §§ 60 ff. SGB I kann entgegen § 56a Satz 1 SGG ausnahmsweise ein selbstständiger Rechtsbehelf eingelegt werden, wenn sich der Kläger gegen eine mit der Möglichkeit der Versagung oder Entziehung von Leistungen nach § 66 Abs. 1 SGB I bewehrte Mitwirkungsaufforderung in einem auf die Gewährleistung existenzsichernder Leistungen gerichteten Verwaltungsverfahren wendet und die Klärung der Rechtmäßigkeit einer Verfahrenshandlung auch für zukünftige Zeiträume zu erwarten ist.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 20. 6. 2024 – L 7 SO 831/24 –

Breith. 2024, 959

§§ 62, 116, 118 Abs. 1 Satz 2 SGG s. § 8 Abs. 1 SGB VII

Breith. 2024, 36

§ 63 Abs. 2 Satz 1 SGG; Art. 19 Abs. 4 GG

1. Auch bei einer Beschwerde müssen die allgemeinen Zulässigkeitsvoraussetzungen eines jeden Rechtsmittels erfüllt sein und daher die Beschwerde (auch) den Beschwerdeführer bezeichnen, wozu die Angabe des vollständigen Namens und der Anschrift mit Angabe der Wohnung nach Ort, Straße, Hausnummer und ggf. weiteren Unterscheidungsmerkmalen ohne Rücksicht auf den Wohnsitz im Rechtssinne zählt. Grundsätzlich nicht ausreichend sind daher die Angabe eines Postfachs oder einer postlagernden Anschrift.

2. Gemäß § 63 Abs. 2 Satz 1 SGG i.V.m. § 185 Nr. 1 ZPO kann die Zustellung durch öffentliche Bekanntmachung (öffentliche Zustellung) erfolgen, wenn der Aufenthaltsort einer Person unbekannt und eine Zustellung an einen Vertreter oder Zustellungsbevollmächtigten nicht möglich ist. Nach der ständigen Rechtsprechung des BSG und auch aller anderen obersten Gerichtshöfe des Bundes ist im Lichte des Anspruchs auf rechtliches Gehör gemäß Art. 103 Abs. 1 GG eine öffentliche Zustellung nur als letztes Mittel zulässig und als ultima ratio nur zu rechtfertigen, wenn eine andere Form der Zustellung nicht oder nur schwer durchführbar ist (wie BSG, Beschl. v. 14.12.2023 – B 4 AS 72/23 B – Juris, RdNr. 7; BFH, Beschl. v. 25.2.2016 – X S 23/15 (PKH) – Juris, RdNr. 19; LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 13.9.2023 – L 8 R 1970/22 – Juris, RdNr. 25).

3. Gegenüber einem obdach-/wohnungslosen Verfahrensbeteiligten obliegt dem Gericht eine gesteigerte Prozessfürsorgepflicht. Es hat daher für die Zustellung eines Schriftstücks einen Weg zu wählen, auf dem am ehesten damit gerechnet werden kann, dass der Beteiligte tatsächlich davon Kenntnis erhält. Ist der Obdachlose postalisch lediglich über die Anschrift einer Beratungsstelle erreichbar, nimmt diese aber keine förmlichen Zustellungen entgegen, muss das Gericht förmlich zuzustellende Schriftstücke zumindest zusätzlich auch mit einfachem Brief an die Anschrift der Beratungsstelle übersenden, damit der Obdachlose die Möglichkeit hat, tatsächlich von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen (vgl. BFH, a.a.O., RdNr. 20 f.). Gleiches gilt auch dann, wenn Briefe einen obdachlosen Verfahrensbeteiligten nur postlagernd erreichen und die Zustellung an die postlagernde Adresse scheitert. Auch in diesem Fall muss das Gericht das zuzustellende Schriftstück über die Bewilligung der öffentlichen Zustellung hinaus zumindest zusätzlich auch mit einfachem Brief an die postlagernde Anschrift des obdachlosen Verfahrensbeteiligten senden, damit dieser die Möglichkeit hat, tatsächlich von dem Schriftstück Kenntnis zu nehmen und seinen Anspruch auf rechtliches Gehör zu verwirklichen (wie LSG Baden-Württemberg, a.a.O., RdNr. 25).

Bay. LSG, Beschl. v. 9. 4. 2024 – L 5 P 2/24 B –

Breith. 2024, 720

§§ 64, 67, 151, 183, 197a SGG; § 276 BGB; § 117 ZPO

1. Ob ein innerhalb der Berufungsfrist eingereichter, erst nach Ablauf dieser Frist verbeschiedener Prozesskostenhilfeantrag in einem gemäß § 183 SGG gerichtskostenfreien Verfahren ohne Anwaltszwang ein der rechtzeitigen Berufungseinlegung entgegenstehendes Hindernis i.S.d. § 67 Abs. 1 SGG darstellen kann, ist fraglich. (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 12.4.2023 – OVG 6 M 25/23).

2. Voraussetzung dafür, dass bei der isolierten Beantragung von PKH für ein Klage- oder Berufungsverfahren ein unverschuldeter Hinderungsgrund, rechtzeitig Klage oder Berufung einzulegen, gegeben ist, ist jedenfalls, dass der PKH-Antrag innerhalb der Klage- oder Berufungsfrist vollständig und damit verbescheidungsfähig gestellt worden ist, was voraussetzt, dass die Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem dafür vorgeschriebenen Formular abgegeben wird.

Bay. LSG, Urt. v. 7. 2. 2024 – L 2 U 184/23 –

Breith. 2024, 627

§§ 64 Abs. 1, 65a Abs. 1, 65d Satz 1, 105 Abs. 2, 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 151 Abs. 2 Satz 1, 158 Satz 1 und 2 SGG

Eine Berufungseinlegung durch einen Rechtsanwalt/eine Rechtsanwältin per Fax erfüllt seit dem 1.1.2022 nicht die Voraussetzungen einer Übermittlung als elektronisches Dokument. Wenn nicht glaubhaft gemacht wird, dass und warum eine Übermittlung als elektronisches Dokument aus technischen Gründen vorübergehend unmöglich war, ist die Berufung unwirksam und als unzulässig zu verwerfen.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 19. 7. 2023 – L 3 AS 493/23 –

Breith. 2024, 80

§ 65d SGG s. § 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V

Breith. 2024, 468

§ 66 Abs. 1 und Abs. 2, 84 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 Satz 3, 170 Abs. 2 Satz 2 SGG s. § 36a Abs. 1 und Abs. 2 SGB I

Breith. 2024, 998

§ 67 Abs. 4 Satz 1 und 2, 202 Satz 1 SGG; § 62 VwGO; § 238 Abs. 2 Satz 1 ZPO

§ 67 Abs. 4 Satz 2 SGG ist keine generelle Befugnis zu entnehmen, vorab über einen Wiedereinsetzungsantrag im Wege des Beschlusses zu entscheiden.

LSG Sachsen, Beschl. v. 17. 4. 2023 – L 10 AS 1044/20 B –

Breith. 2024, 84

§§ 69 Nr. 3, 75, 141 Abs. 1 Nr. 1, 202 Satz 1 SGG s. § 31 Satz 1 SGB X

Breith. 2024, 902

§ 73a SGG; §§ 115, 127 Abs. 3 ZPO

Das Beschwerdegericht kann einen Kläger im Rahmen der bereits bewilligten Prozesskostenhilfe zu einer Ratenzahlung in Form einer Einmalzahlung in Höhe der Vergütung verpflichten, die der ihm beigeordneten Rechtsanwältin aus der Staatskasse zu gewähren ist und die Fälligkeit der Einmalzahlung davon abhängig zu machen, ob bzw. wann die beigeordnete Rechtsanwältin eine Vergütung zulasten der Staatskasse geltend macht.

LSG Hessen, Beschl. v. 27. 5. 2024 – L 3 SB 178/23 B –

Breith. 2024, 988

§ 73a Abs. 1 Satz 1 SGG s. §§ 3 Abs. 1 Satz 1, 14, 45 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 RVG

Breith. 2024, 367

§ 75 SGG s. §§ 33 Abs. 1 Satz 1, 139 SGB V

Breith. 2024, 277

§ 75 SGG s. §§ 18, 19 Abs. 6, 25 SGB XII

Breith. 2024, 687

§§ 75 Abs. 2 Alt. 1, 168 Satz 2 SGG s. §§ 56 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1, 249 Abs. 1 SGB VI

Breith. 2024, 326

§§ 75 Abs. 2 Alt. 2, 109, 161 SGG s. §§ 36 Abs. 1 Satz 2, 36a SGB II

Breith. 2024, 164

§§ 78, 84 Abs. 1 Satz 1 SGG s. § 9 SGB X

Breith. 2024, 276

§§ 86a Abs. 2 Nr. 3, 86b Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGG s. § 240 Abs. 4 Buchst. a SGB V

Breith. 2024, 185

§§ 86a Abs. 3 Satz 2, 86b Abs. 1 SGG; §§ 4a, 6 Abs. 1, 7 Abs. 6 Nr. 3, 7a Abs. 5 Satz 2, 11 Coronavirus-TestV

1. Bei summarischer Prüfung im Rahmen eines Antragsverfahrens nach § 86b Abs. 1 Nr. 2 SGG sind die Vorgaben der KBV für die Leistungserbringer (Vorgaben KBV-LE), hier die Beschaffung und Abrechnung nach 1.3.1 KBV-LE mit den Vorschriften der Coronavirus-Testverordnung (§ 11) zu vereinbaren.

2. Maßgeblich für die Erstattung der Kostenpauschalen sind nicht die selbstbeschafften Tests, sondern die tatsächlich genutzten PoC-Antigen-Tests.

SG München, Beschl. v. 22. 3. 2023 – S 38 KA 11/23 ER –

Breith. 2024, 6

§§ 86b Abs. 1 und Abs. 2, 92 Abs. 1 Satz 1, 99 Abs. 1 SGG s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 9 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 1 und 4 SGB II

Breith. 2024, 607

§ 86b Abs. 2 SGG s. §§ 46 Satz 3, 192 Abs. 1 Nr. 2 SGB V *Breith. 2024, 1*

§ 86b Abs. 2 SGG s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II *Breith. 2024, 428*

§ 86b Abs. 2 SGG s. §§ 78, 90, 102 Nr. 4,
113 Abs. 2 Nr. 2 und Abs. 5 SGB IX *Breith. 2024, 586*

§ 86b Abs. 2 Satz 1 SGG s. §§ 40 Abs. 8, 42a Abs. 4 SGB II *Breith. 2024, 247*

§§ 86b Abs. 2 Satz 2, 172 Abs. 1, 173 SGG
s. § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 7 Satz 1 Bürgergeld-V *Breith. 2024, 252*

§§ 88, 193 Abs. 1 SGG s. §§ 18 Abs. 1 Satz 1 SGB XI *Breith. 2024, 373*

§§ 99, 140, 153 Abs. 4 Satz 1 und Abs. 5 SGG

Durch den Übertragungsbeschluss wird der Berichterstatter zusammen mit den ehrenamtlichen Richtern (sogenannter kleiner Senat) auch für die Entscheidung über Klageänderungen, die während des Berufungsverfahrens erfolgen, zuständig.

BSG, Beschl. v. 13. 12. 2023 – B 4 AS 188/22 BH – *Breith. 2024, 995*

§§ 102 Abs. 1 Satz 2, 123, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG s. §§ 198,
201 Abs. 3 Satz 1 GVG *Breith. 2024, 178*

§§ 103, 116 Satz 2, 118 Abs. 1 Satz 1, 153 Abs. 4 SGG s. § 43
SGB VI *Breith. 2024, 573*

§§ 105 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4, 134 Abs. 1, 151 SGG

1. Bei verkündeten Urteilen liegt eine Nichtentscheidung nicht schon deshalb vor, weil am Ende des elektronischen Dokuments keine erneute Namensnennung erfolgt ist.

2. Eine Nichtentscheidung ist hingegen dann gegeben, wenn bei einem Gerichtsbescheid weder im Rubrum noch am Ende des elektronischen Dokuments der Name des entscheidenden Berufsrichters aufgeführt ist, eine zweifelsfreie Zuordnung der Signatur damit nicht möglich ist.

LSG Baden-Württemberg, Urt. v. 5. 10. 2023 – L 6 SB 2273/23 – *Breith. 2024, 546*

§§ 106 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 7, 202 SGG; §§ 141 Abs. 3, 380, 381 Abs. 1 ZPO

1. Bei der Festsetzung eines Ordnungsgelds gegen einen trotz Anordnung des persönlichen Erscheinens ausgebliebenen Beteiligten steht dem Gericht nicht nur ein die Höhe des zu verhängenden Ordnungsgeldes betreffendes Auswahl-, sondern auch ein Entschließungsermessen zu.

2. Im Verfahren über die Beschwerde gegen einen Ordnungsgeldbeschluss trifft das Beschwerdegericht eine eigene Ermessensentscheidung.

3. Im Beschluss über die Beschwerde ist jedenfalls in kostenfreien Verfahren nach § 183 Abs. 1 SGG eine Kostengrundentscheidung zu treffen.

LSG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 20. 7. 2023 – L 3 AS 39/23 B – *Breith. 2024, 175*

§§ 106a Abs. 1 und 3, 157a Abs. 1 und 2 SGG

s. § 41a Abs. 3 Satz 1 bis 4 SGB II

*Breith. 2024, 67***§§ 109, 118 Abs. 1 Satz 1 SGG; §§ 407a Abs. 5 Satz 1, 409 Abs. 1 Satz 2, 411 Abs. 2, 418 Abs. 1 ZPO**

1. Ordnungsgeld wegen unterbliebener Aktenrücksendung (§ 118 Abs. Satz 1 SGG i.V.m. § 409 Abs. 1 Satz 2 ZPO) dient der Aufrechterhaltung einer funktionierenden Rechtspflege. Es erledigt sich nicht durch eine nach Verhängung erfolgte Aktenherausgabe, sondern hat neben general- und spezialpräventiven Wirkungen auch einen repressiven (strafähnlichen) Charakter.

2. Ein Sachverständiger muss sich Verschulden der von ihm zur Erfüllung seiner Pflichten gegenüber dem Gericht eingesetzten Mitarbeiter zurechnen lassen.

3. Der Höchstbetrag für Ordnungsgeld nach § 409 Abs. 1 Satz 2 ZPO ist bei schriftlicher Begutachtung auf 1 000 Euro begrenzt.

4. Im Rahmen der Ermessensausübung zur Höhe des Ordnungsgeldes können u.a. die Schwere des Pflichtverstoßes, (fehlende) Mitwirkung nach Rücksendungsaufforderung, (persönliche) Bedeutung und Umfang der Unterlagen, wirtschaftliche Verhältnisse des Sachverständigen und aus dem Pflichtverstoß folgende Nachteile für Beteiligte oder Dritte berücksichtigt werden. Eine Verhängung von Ordnungsgeld in Höhe des oberen Betragsrahmens erfordert regelmäßig eine besondere Begründung.

Bay. LSG, Beschl. v. 15. 11. 2023 – L 2 R 377/23 B –

*Breith. 2024, 269***§ 118 SGG s. § 43 SGB VI***Breith. 2024, 397***§§ 128 Abs. 1 Satz 1, 136 Abs. 1 Nr. 5 SGG s. §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 Nr. 3, 6a Abs. 1 BKGG***Breith. 2024, 886***§ 133 Satz 1 SGG**

Wird den Beteiligten die beglaubigte Abschrift eines ohne mündliche Verhandlung ergangenen Urteils zugestellt, die in der Formulierung des Kostentensors von der beschlossenen Urteilsformel und von der vom Kammervorsitzenden unterschriebenen Urschrift des schriftlichen Urteils abweicht und die – anders als die Urschrift – weder einen Tatbestand noch Entscheidungsgründe enthält, liegt ein sog. Scheinurteil vor. Dieses ist aufzuheben.

LSG Sachsen-Anhalt, Urt. v. 21. 5. 2024 – L 2 AS 137/24 –

*Breith. 2024, 990***§ 144 Abs. 1 Nr. 1 SGG; § 47 SGB V**

Für die Bestimmung des Beschwerdewerts i.S.v. § 144 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGG ist bei einem abhängig Beschäftigten auf das begehrte Bruttokrallengeld abzustellen.

LSG Sachsen, Beschl. v. 10. 1. 2024 – L 9 KR 84/23 NZB –

*Breith. 2024, 634***§ 153 Abs. 4 SGG**

1. Wer einen Befangenheitsantrag gegenüber Richterinnen aufrechterhält, aus deren dienstlichen Stellungnahmen sich ergibt, dass die Richterinnen bislang mit der Sache nicht befasst waren, handelt offensichtlich rechtsmissbräuchlich.

2. Die Ablehnungsgesuche gegen die Vorsitzende Richterin V. und die Richterin S. werden als offensichtlich rechtsmissbräuchlich und damit unzulässig verworfen.

Bay. LSG, Beschl. v. 13. 5. 2024 – L 14 SF 46/24 AB – *Breith. 2024, 899*

§ 160 Abs. 2 Nr. 1 SGG s. §§ 248 Abs. 1, 256 Abs. 3, 256a Abs. 4, 259a Abs. 1 Satz 5 SGB VI *Breith. 2024, 410*

§§ 162, 163 SGG s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 4 Abs. 4, 12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1, 109 Abs. 4 Satz 3, 112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2, 275 Abs. 1c SGB V *Breith. 2024, 200*

§ 163 SGG s. §§ 165 Abs. 1 Satz 1, 169 Satz 1, 170 Abs. 1, 171 Satz 1 und 2 SGB III *Breith. 2024, 538*

§ 170 Abs. 2 Satz 2 SGG s. §§ 1 Satz 1, 4 Abs. 1, 146 Abs. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB IX *Breith. 2024, 50*

§§ 172, 183 SGG; § 178 Abs. 1 Nr. 2 ZPO

1. Eine Ersatzzustellung einer Ladung kann zwar in einem Geschäftsraum (Arztpraxis) des Zustellungsadressaten erfolgen. Für eine angestellte Fachärztin ist ein solcher Geschäftsraum aber nicht Ort einer Ersatzzustellung.

2. Eine Zeugin gehört nicht zum begünstigten Personenkreis des § 183 SGG. Einer Streitwertfestsetzung bedurfte es nicht, da im Beschwerdeverfahren gegen eine Ordnungsmittelfestsetzung Nr. 7504 KV GKG gilt. Im Obsiegensfall fällt keine Gebühr an.

LSG Sachsen-Anhalt, Beschl. v. 21. 11. 2023 – L 7 SB 17/23 B – *Breith. 2024, 371*

§§ 172 Abs. 1, 173 Satz 1, 192 Abs. 1 Satz 2 SGG

Im Rahmen des § 192 Abs. 1 SGG können auch dem Vertreter oder Bevollmächtigten selbst die Verschuldungskosten auferlegt werden, die er durch schuldhaftes oder missbräuchliches Verhalten verursacht hat.

LSG Niedersachsen-Bremen, Beschl. v. 3. 2. 2023 – L 7 AS 229/21 B – *Breith. 2024, 75*

§ 197a Abs. 1 SGG s. § 66 Abs. 2 GKG *Breith. 2024, 446*

§ 197a Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 SGG
s. § 64 Abs. 3 Satz 2 Halbs. 1 und 2 SGB X *Breith. 2024, 806*

§ 197a Abs. 1 Satz 1 SGG; §§ 3 Abs. 2, 52 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 2, 68 Abs. 1 Satz 1 GKG

1. Noch nicht festgesetzte Säumniszuschläge wirken nicht streitwerterhöhend. Säumniszuschläge nach § 24 Abs. 1 SGB IV entstehen zwar kraft Gesetzes, ihre Geltendmachung für die Vergangenheit setzt aber eine Einzelfallprüfung und einen diesbezüglichen Verwaltungsakt voraus.

2. Ist ein beschwerdeführender Beteiligter kostenerstattungsberechtigt und begehrt er eine Streitwerterhöhung, besteht nur ausnahmsweise ein Rechtsschutzbedürfnis,

wenn er mit seinem Prozessbevollmächtigten eine Honorarvereinbarung getroffen hat, nach der ein höheres Honorar als die gesetzliche Vergütung nach Maßgabe des bislang festgesetzten Streitwerts geschuldet ist.

LSG Baden-Württemberg, Beschl. v. 18. 4. 2024 –
L 4 KR 2825/23 B –

Breith. 2024, 992

§ 202 SGG s. § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2a Halbs. 1 und 2
SGB VI

Breith. 2024, 860

Verwaltungsgerichtsordnung

§ 62 VwGO s. § 67 Abs. 4 Satz 1 und 2, 202 Satz 1 SGG

Breith. 2024, 84

§§ 155 Abs. 2, 162 Abs. 3 VwGO s. § 66 Abs. 2 GKG

Breith. 2024, 446

Verwaltungs-Vollstreckungsgesetz

§§ 2 Abs. 1 Buchst. a, 3 Abs. 2 Buchst. a, 5 Abs. 1 VwVG
s. § 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I

Breith. 2024, 771

Bürgerliches Gesetzbuch

§§ 133, 157, 400, 412, 774 Abs. 1 Satz 1 BGB
s. §§ 165 Abs. 1 Satz 1, 169 Satz 1, 170 Abs. 1, 171 Satz 1 und 2
SGB III

Breith. 2024, 538

§§ 133, 157 BGB s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III

Breith. 2024, 118

§ 134 BGB s. §§ 2 Abs. 1 Satz 3, 39 Abs. 1, 109 Abs. 4 Satz 3
SGB V

Breith. 2024, 563

§§ 242, 387ff. BGB s. §§ 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4, 4 Abs. 4,
12 Abs. 1, 70 Abs. 1 Satz 2, 71 Abs. 1 Satz 1, 109 Abs. 4 Satz 3,
112 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2, 275 Abs. 1c SGB V

Breith. 2024, 200

§ 276 BGB s. §§ 64, 67, 151, 183, 197a SGG

Breith. 2024, 627

§§ 280 Abs. 1, 387 BGB s. §§ 12 Abs. 1, 69 Abs. 1 Satz 3,
109 Abs. 4 Satz 2, 275 Abs. 1c Satz 1 SGB V

Breith. 2024, 733

§§ 421 Satz 1, 426, 1922, 1967 Abs. 1, 2058 BGB
s. § 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I

Breith. 2024, 771

§§ 516 Abs. 1, 528 Abs. 1 Satz 1, 818 Abs. 2 BGB s. § 2 Abs. 1,
§§ 16, 93 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 SGB XII

Breith. 2024, 594

§ 613a BGB s. §§ 7, 7a SGB IV

Breith. 2024, 942

§ 812 BGB s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1,
75 Abs. 2 und Abs. 5, 177, 202 SGG

Breith. 2024, 808

§ 814 BGB s. §§ 105, 111, 112 SGB X *Breith. 2024, 304*

§ 839 Abs. 1 Satz 1 BGB s. §§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X *Breith. 2024, 455*

§ 1901 BGB s. §§ 2 Abs. 1 Nr. 10a, 8 Abs. 1 Satz 1 SGB VII *Breith. 2024, 937*

Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung

§§ 16 Abs. 1, 37, 39 Abs. 1, 40, 60 Abs. 1 Nr. 2, 65 Abs. 1 Satz 1, 66 Abs. 1 bis 3, 70 GmbHG s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV *Breith. 2024, 913*

§ 37 Abs. 1 GmbHG s. § 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III *Breith. 2024, 118*

Handelsgesetzbuch

§ 15 Abs. 1 HGB s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1, 28h Abs. 2 Satz 1 SGB IV *Breith. 2024, 913*

Gerichtsverfassungsgesetz

§§ 13, 17a Abs. 4 Satz 4 GVG s. §§ 51 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Satz 1, 75 Abs. 2 und Abs. 5. 177, 202 SGG *Breith. 2024, 808*

§ 17 Abs. 1 Satz 2 GVG s. § 31 Satz 1 SGB X *Breith. 2024, 902*

§§ 17 Abs. 2 Satz 1, 17a Abs. 2 Satz 1 GVG s. §§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X *Breith. 2024, 455*

§ 17b Abs. 2 Satz 2 GVG s. §§ 77, 81 SGB XII *Breith. 2024, 516*

§§ 198, 201 Abs. 3 Satz 1 GVG; §§ 102 Abs. 1 Satz 2, 123, 164 Abs. 2 Satz 3 SGG
Das Verfahren zur Überprüfung der Wirksamkeit einer Klagerücknahme und das von der Klagerücknahme betroffene Verfahren sind, wenn die Klagerücknahme wirksam war, jeweils eigenständige Gerichtsverfahren i.S.d. Entschädigungsrechts.
BSG, Urt. v. 9. 3. 2023 – B 10 ÜG 2/21 R – *Breith. 2024, 178*

Zivilprozessordnung

§§ 114 ff. ZPO s. §§ 3 Abs. 1 Satz 1, 14, 45 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 RVG *Breith. 2024, 367*

§§ 115, 127 Abs. 3 ZPO s. § 73a SGG *Breith. 2024, 988*

§ 117 ZPO s. §§ 64, 67, 151, 183, 197a SGG *Breith. 2024, 627*

§§ 141 Abs. 3, 380, 381 Abs. 1 ZPO s. §§ 106 Abs. 2, Abs. 3 Nr. 7, 202 SGG *Breith. 2024, 175*

§ 178 Abs. 1 Nr. 2 ZPO s. §§ 172, 183 SGG *Breith. 2024, 371*

§ 238 Abs. 2 Satz 1 ZPO s. § 67 Abs. 4 Satz 1 und 2, 202 Satz 1 SGG *Breith. 2024, 84*

§ 292 ZPO s. § 46 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, Abs. 2a Halbs. 1 und 2 SGB VI *Breith. 2024, 860*

§§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO s. § 8 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2024, 36*

§§ 397, 402, 411 Abs. 4 ZPO s. § 43 SGB VI *Breith. 2024, 573*

§§ 407a Abs. 5 Satz 1, 409 Abs. 1 Satz 2, 411 Abs. 2, 418 Abs. 1 ZPO s. §§ 109, 118 Abs. 1 Satz 1 SGG *Breith. 2024, 269*

§ 411 ZPO s. § 43 SGB VI *Breith. 2024, 397*

§§ 747, 780 Abs. 1, 785 ZPO s. § 39 Abs. 1 Satz 1 SGB I *Breith. 2024, 771*

§ 920 Abs. 2 ZPO s. § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 7 Satz 1 Bürgergeld-V *Breith. 2024, 252*

Einkommensteuergesetz

§ 4a EStG s. § 15 SGB IV *Breith. 2024, 44*

§§ 32 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3, 62 Abs. 1 Satz 1, 63 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 EStG s. §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 Nr. 3, 6a Abs. 1 BKG *Breith. 2024, 886*

Lohnfortzahlungsgesetz/Entgeltfortzahlungsgesetz

§ 3 Abs. 1 EntgFG s. § 44 Abs. 1 SGB V *Breith. 2024, 965*

§ 5 Abs. 1 EntgFG s. § 8 Abs. 1 SGB VII *Breith. 2024, 207*

Rechtsanwaltsvergütungsgesetz

§§ 3 Abs. 1 Satz 1, 14, 45 Abs. 1 Satz 1, 48 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 RVG; § 73a Abs. 1 Satz 1 SGG; §§ 114 ff. ZPO

1. Für die Festsetzung der Vergütung des beigeordneten Rechtsanwaltes ist nach § 48 Abs. 4 Satz 1 RVG der Zeitpunkt der Beantragung der Prozesskostenhilfe maßgeblich, wenn vom Gericht nichts anderes bestimmt ist. Dabei begrenzt die Antragstellung den zeitlichen Rahmen und allenfalls die anwaltliche Tätigkeit, die zur Vorbereitung des PKH-Antrags verrichtet wurde, ist zu berücksichtigen.

2. Ein Beschluss zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe, der keine zeitliche Bestimmung enthält, kann nicht dahingehend ausgelegt werden, dass er Wirkung für die Zeit vor der Antragstellung bzw. Bewilligungsreife entfaltet. Generell ist eine Abweichung von der gesetzlichen Regelung nur bei Vorliegen eines besonderen rechtfertigenden Grundes zulässig. Hierfür ist eine ausdrückliche Regelung im Bewilligungs- und Beordnungsbeschluss erforderlich.

SG Nordhausen, Beschl. v. 10. 8. 2023 – S 12 SF 17/23 E – *Breith. 2024, 367*

Gerichtskostengesetz

§ 2 Abs. 3 und Abs. 5 Satz 1 GKG

s. § 64 Abs. 3 Satz 2 Halbs. 1 und 2 SGB X

Breith. 2024, 806

§§ 3 Abs. 2, 52 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 2, 68 Abs. 1 Satz 1 GKG

s. § 197a Abs. 1 Satz 1 SGG

Breith. 2024, 992

§ 66 Abs. 2 GKG; § 197a Abs. 1 SGG; §§ 155 Abs. 2, 162 Abs. 3 VwGO

1. Eine Gebührenermäßigung nach Nr. 7111 KV GKG kommt nur in Betracht, wenn das Verfahren vollständig auch hinsichtlich der Kosten erledigt ist.
2. Nicht jegliche Kostenentscheidung nach im Übrigen vollständiger Erledigung führt zur Nichtanwendung einer Gebührenermäßigung.
3. Bei Klagerücknahme ist grundsätzlich von Gebührenermäßigung auszugehen.
4. Eine Entscheidung über die Tragung der Kosten des Beigeladenen führt nicht zu einem Ausschluss einer Gebührenermäßigung.

Bay. LSG, Beschl. v. 7. 2. 2024 – L 12 SF 153/23 –

Breith. 2024, 446

Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz

§§ 4 Abs. 1, 8 Abs. 1 JVEG

1. Die sog. „Nachbefundung“ radiologischer Unterlagen ist nicht gesondert erstattungsfähig, wenn diese bereits im Beurteilungsteil des Gutachtens ausgewertet worden sind.
2. Aus dem Antragsprinzip folgt lediglich eine Begrenzung des maximal festzusetzenden Entschädigungsbetrags auf die beantragte Entschädigung (Rechnungsbetrag). Eine Bindung an einzelne Berechnungselemente des Antrags, die letztlich nur der Begründung des Antrags zuzurechnen sind, besteht nicht. Das Gericht ist deshalb nicht an die geltend gemachten Einzelpositionen einschließlich des Stundenansatzes gebunden und berechtigt einen Austausch bzw. Änderungen vorzunehmen.

LSG Thüringen, Beschl. v. 25. 7. 2023 – L 1 JVEG 219/22 –

Breith. 2024, 170

§ 5 Abs. 1 bis 3 JVEG

1. „Besondere Umstände“ i.S.v. § 5 Abs. 3 JVEG können zum Beispiel Eilfälle, ungewöhnlich schlechte Verkehrsverhältnisse, erhebliche körperliche Beeinträchtigungen (Mobilitätseinschränkungen) sein, wobei jedoch immer eine entsprechende Notwendigkeit gegeben sein muss.
2. § 5 Abs. 3 JVEG normiert bei einer Verteuerung der Anreise keine Mitteilungspflicht/Anzeigepflicht des Berechtigten. Teilt der Berechtigte die besonderen Umstände, die die Anreise verteuern, nicht mit, trägt er das Risiko, dass das Gericht später bei der Entschädigung solche Umstände nicht anerkennt und er die Kosten endgültig selbst zu tragen hat.

LSG Thüringen, Beschl. v. 18. 7. 2023 – L 1 JVEG 80/23 –

Breith. 2024, 452

Insolvenzordnung

§§ 53, 324 Abs. 1 InsO s. §§ 9 Abs. 1 und Abs. 2, 74 SGB XII *Breith. 2024, 339*

Versicherungsvertragsgesetz

§ 192 Abs. 6 Satz 3 VVG s. § 40 Abs. 4 SGB XI *Breith. 2024, 828*

§ 204 Abs. 2 VVG s. §§ 13 Abs. 2, 21 Abs. 6,
26 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 SGB II *Breith. 2024, 354*

Bundesverfassungsgerichtsgesetz

§ 95 Abs. 3 Satz 2 BVerfGG s. § 118 Abs. 1 Satz 1 SGB VI *Breith. 2024, 227*

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art. 2 Abs. 1, Art. 3 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1 GG
s. §§ 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5, Abs. 6 Satz 1,
206 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 SGB V *Breith. 2024, 10*

Art. 2 Abs. 2 Satz 1, Art. 20 Abs. 1 GG s. §§ 2 Abs. 1a,
23 Abs. 1 und 3, 24c Satz 1 Nr. 2, 24e Satz 1 und 2,
27 Abs. 1 Satz 1 und Satz 2 Nr. 3, 31 Abs. 1, 35c SGB V *Breith. 2024, 294*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 1 Abs. 1 Satz 1, Abs. 6, 2b Abs. 1 Satz 1
BEEG *Breith. 2024, 144*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 56 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 3 Satz 1,
249 Abs. 1 SGB VI *Breith. 2024, 326*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 131 Abs. 1 Satz 1 und 2,
151 Abs. 1 Satz 1 und 2 Alt. 1, 337 Abs. 2 SGB III *Breith. 2024, 361*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 248 Abs. 1, 256 Abs. 3, 256a Abs. 4,
259a Abs. 1 Satz 5 SGB VI *Breith. 2024, 410*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 1 Abs. 1, 2 Abs. 2 Nr. 3, 6a Abs. 1
BKGG *Breith. 2024, 886*

Art. 3 Abs. 1 GG s. §§ 81 Abs. 1 Satz 1, Abs. 4 Satz 1,
82 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1, Abs. 4 Satz 1 und 2, 87a Abs. 1,
131a Abs. 3 Nr. 2 SGB III *Breith. 2024, 980*

Art. 3 Abs. 1, Art. 12 Abs. 1 GG s. § 87b Abs. 1 und Abs. 2
SGB V *Breith. 2024, 553*

**Art. 3 Abs. 1, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 und 2, Art. 38 Abs. 1,
Art. 48 Abs. 3 Satz 1 GG** s. §§ 4 Abs. 2, 35 SGB VI *Breith. 2024, 946*

- Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG** s. §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 99 ff., 118 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 4 SGB V *Breith. 2024, 17*
- Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG** s. § 9 SGB X *Breith. 2024, 276*
- Art. 6 Abs. 4 GG** s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b SGB II *Breith. 2024, 894*
- Art. 19 Abs. 4 GG** s. § 3 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 7 Satz 1 Bürgergeld-V *Breith. 2024, 252*
- Art. 19 Abs. 4 GG** s. § 63 Abs. 2 Satz 1 SGG *Breith. 2024, 720*
- Art. 19 Abs. 4 GG** s. § 31 Satz 1 SGB X *Breith. 2024, 902*
- Art. 19 Abs. 4 Satz 1 GG** s. §§ 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, 9 Abs. 1, 36 Abs. 1 Satz 1 und 4 SGB II *Breith. 2024, 607*
- Art. 19 Abs. 4, Art. 20 Abs. 3 GG** s. § 44 Abs. 1 SGB V *Breith. 2024, 965*
- Art. 20 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 GG** s. §§ 42 Abs. 2, 59 Abs. 3 Satz 1, 63 Abs. 3 Satz 2 und 3, 63 Abs. 3 Satz 3, 77 Abs. 1 Satz 2, 88 Abs. 1, 89 SGB IV *Breith. 2024, 922*
- Art. 28 Abs. 2, Art. 85 Abs. 1, Art. 104a Abs. 2 und 3 GG** s. §§ 19 Abs. 2, 27a, 41 Abs. 3, 93, 102 Abs. 5 SGB XII *Breith. 2024, 778*
- Art. 28 Abs. 2 Satz 2, Art. 91e Abs. 2 Satz 2, Art. 104a Abs. 1 GG** s. §§ 6b Abs. 2 Satz 1 und Abs. 5 Satz 1, 48 Abs. 3 SGB II *Breith. 2024, 437*
- Art. 34 Satz 1 bis 3 GG** s. §§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X *Breith. 2024, 455*
- Art. 74 Abs. 1 Nr. 12, Art. 87 Abs. 2 GG** s. § 197b Satz 2 SGB V *Breith. 2024, 725*
- Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG** s. §§ 13 Abs. 2, 21 Abs. 6, 26 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 Satz 1 SGB II *Breith. 2024, 354*

**Gesetz über die allgemeine Freizügigkeit von Unionsbürgern
(Freizügigkeitsgesetz EU)**

- §§ 2 Abs. 1, 11 Abs. 4 Satz 1 FreizügG/EU** s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II *Breith. 2024, 428*
- § 2 Abs. 2 Nr. 1 und Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 FreizügG/EU** s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b SGB II *Breith. 2024, 894*
- §§ 2 Abs. 2 Nr. 5, 4 Satz 1 FreizügG/EU** s. §§ 18 Abs. 1, 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2, Satz 3, Satz 5 Nr. 3 und Satz 6, 25 Satz 1, 48 SGB XII *Breith. 2024, 520*

Verordnung (EG) Nr. 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit

Art. 1z, Art. 3 Abs. 1j, Art. 10, Art. 11 Abs. 1 Satz 1, Art. 68 Abs. 1 und 2 VO (EG) Nr. 883/2004; Art. 2, 3 Abs. 3, 8 BayFamGG

1. Art. 68 VO (EG) Nr. 883/2004 muss im Lichte des Art. 10 VO (EG) Nr. 883/2004 dahingehend ausgelegt werden, dass nur Familienleistungen gleicher Art die Prioritätsregeln auslösen.

2. Für die Prüfung, ob Familienleistungen gleicher Art nach den Rechtsvorschriften mehrerer Mitgliedsländer zusammentreffen, ist maßgeblich auf Sinn und Zweck, Berechnungsgrundlage und die Voraussetzungen für ihre Gewährung abzustellen.

3. Das bayerische Familiengeld und das österreichische Kinderbetreuungsgeld als Ersatz des Erwerbseinkommens sind nicht Familienleistungen gleicher Art.

Bay. LSG, Urt. v. 19. 12. 2023 – L 9 EG 15/21 FG –

Breith. 2024, 418

Art. 2, Art. 3 Abs. 1 Buchst. a, Art. 4, Art. 23, Art. 24 Abs. 1, Art. 30 Abs. 1, Art. 34 VO (EG) Nr. 883/2004

s. § 5 Abs. 1 Nr. 11 SGB V

Breith. 2024, 461

Art. 5, Art. 11 Abs. 3 Buchst. e) VO (EG) Nr. 883/2004 s. §§ 18, 19 Abs. 6, 25 SGB XII

Breith. 2024, 687

Verordnung (EU) Nr. 492/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2011 über die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der Union

Art. 10 VO (EU) Nr. 492/2011 s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II

Breith. 2024, 428

Verordnung (EU) Nr. 679/2016 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung)

Art. 79 Abs. 2, Art. 82 Abs. 1 und 6 VO (EU) Nr. 679/2016
s. §§ 67 Abs. 2 Satz 1, 81b Abs. 1 SGB X

Breith. 2024, 455

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Art. 1 UN-BRK s. §§ 1 Satz 1, 4 Abs. 1, 146 Abs. 3, 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 und 2 SGB IX

Breith. 2024, 50

Art. 3 Abs. 1 GG, Art. 1 UN-BRK

s. §§ 152 Abs. 1 Satz 1 und 5, Abs. 3 Satz 1, Abs. 4, 229 Abs. 3 Satz 1 bis 5 SGB IX

Breith. 2024, 345

Art. 4 Abs. 2, Art. 5 Abs. 2, Art. 25 Satz 1 und 2, Satz 3 Buchst. a bis c UN-BRK s. §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 9, 99 ff., 118 Abs. 1 Satz 1 und 2, Abs. 2 Satz 1 und 2, Abs. 4 SGB V

Breith. 2024, 17

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union**Art. 20 AEUV** s. § 7 Abs. 1 Satz 2 SGB II*Breith. 2024, 428***Art. 45, Art. 267 AEUV** s. § 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Buchst. b
SGB II*Breith. 2024, 894*

Entscheidungen

(nach Gericht und Verkündungsdatum)

Bundessozialgericht

29. 6. 2022	B 6 KA 3/21 R	17
18. 10. 2022	B 12 KR 2/21 R	10
29. 11. 2022	B 4 AS 64/21 R	67
24. 1. 2023	B 1 KR 7/22 R	294
8. 2. 2023	B 5 LW 1/21 R	227
8. 2. 2023	B 5 R 2/22 R	771
15. 2. 2023	B 11 AL 37/21 R	538
15. 2. 2023	B 11 AL 40/21 R	265
15. 2. 2023	B 11 AL 42/21 R	361
23. 2. 2023	B 8 SO 9/21 R	594
6. 3. 2023	B 1 SF 1/22 R	455
7. 3. 2023	B 1 KR 3/22 R	563
7. 3. 2023	B 1 KR 4/22 R	733
7. 3. 2023	B 1 KR 11/22 R	100
8. 3. 2023	B 7 AS 7/22 R	164
9. 3. 2023	B 9 SB 1/22 R	50
9. 3. 2023	B 9 SB 8/21 R	345
9. 3. 2023	B 10 EG 1/22 R	144
9. 3. 2023	B 10 ÜG 2/21 R	178
13. 3. 2023	B 12 R 6/21 R	508
13. 3. 2023	B 12 R 7/21 R	125
23. 3. 2023	B 6 KA 4/22 R	283
30. 3. 2023	B 2 U 1/21 R	207
30. 3. 2023	B 2 U 2/21 R	109
30. 3. 2023	B 2 U 3/21 R	316
30. 3. 2023	B 2 U 5/21 R	763
5. 4. 2023	B 5 R 36/21 R	326
25. 4. 2023	B 7/14 AS 69/21 R	437
11. 5. 2023	B 1 KR 10/22 R	475
11. 5. 2023	B 1 KR 14/22 R	200
6. 6. 2023	B 4 AS 5/22 R	354
6. 6. 2023	B 11 AL 38/21 R	710
15. 6. 2023	B 5 R 217/22 B	410
21. 6. 2023	B 7 AS 14/22 R	619
22. 6. 2023	B 2 U 9/21 R	490
22. 6. 2023	B 2 U 19/21 R	753
29. 6. 2023	B 1 KR 20/22 R	468
13. 7. 2023	B 8 SO 11/22 R	520
19. 7. 2023	B 6 KA 22/22 R	553
19. 7. 2023	B 6 KA 5/22 R	378
20. 7. 2023	B 12 BA 1/22 R	902
29. 8. 2023	B 1 KR 18/22 R	642
29. 8. 2023	B 1 SF 2/22 R	808
30. 8. 2023	B 3 A 1/22 R	725

7. 9. 2023	B 10 EG 2/22 R	965
21. 9. 2023	B 3 KR 11/22 R	637
27. 9. 2023	B 7 AS 10/22 R	998
18. 10. 2023	B 5 R 49/21 R	946
19. 10. 2023	B 1 KR 22/22 R	922
24. 10. 2023	B 12 R 9/21 R	866
30. 11. 2023	B 3 KR 23/22 R	822
30. 11. 2023	B 3 P 5/22 R	828
5. 12. 2023	B 2 U 10/21 R	849
13. 12. 2023	B 4 AS 188/22 BH	995
14. 12. 2023	B 11 AL 2/23 R	980
20. 2. 2024	B 12 KR 3/22 R	913

Landessozialgerichte

Bay. LSG

9. 8. 2023	L 4 KR 319/22	95
9. 8. 2023	L 10 AL 130/21	152
15. 11. 2023	L 2 R 377/23 B	269
19. 12. 2023	L 9 EG 15/21 FG	418
7. 2. 2024	L 2 U 184/23	627
7. 2. 2024	L 12 SF 153/23	446
9. 4. 2024	L 5 P 2/24 B	720
30. 4. 2024	L 15 VJ 2/23	677
13. 5. 2024	L 14 SF 46/24 AB	899
26. 6. 2024	L 2 U 461/15	834
22. 8. 2024	L 7 BA 114/23	942

LSG Baden-Württemberg

29. 4. 2023	L 1 U 2085/23	649
19. 7. 2023	L 3 AS 493/23	80
10. 8. 2023	L 6 VG 1880/22	233
5. 10. 2023	L 6 SB 2273/23	546
31. 10. 2023	L 3 AS 2391/23 ER-B	252
27. 11. 2023	L 2 SO 1092/23	339
14. 12. 2023	L 10 R 2331/23	397
29. 1. 2024	L 4 KR 3239/21	813
26. 2. 2024	L 4 P 2751/22	461
17. 4. 2024	L 3 AS 455/24	695
18. 4. 2024	L 4 KR 2825/23 B	992
20. 6. 2024	L 7 SO 831/24	959
26. 6. 2024	L 3 SB 3164/23	875
1. 8. 2024	L 4 KR 2228/24 ER-B	909

LSG Berlin-Brandenburg

17. 8. 2023	L 11 SB 229/23 WA	133
22. 11. 2023	L 16 KR 111/19	277
8. 1. 2024	L 33 R 893/20	573
13. 6. 2024	L 25 AS 43/24	894

LSG Hamburg

6. 10. 2023	L 4 AS 322/20	789
-------------	---------------	-----

LSG Hessen

18. 10. 2023	L 4 SO 180/21	276
31. 10. 2023	L 3 U 99/21	304
14. 11. 2023	L 6 AS 339/23 B ER	247
8. 1. 2024	L 6 AS 397/23 B ER	530
6. 2. 2024	L 6 AS 413/23 B ER	607
20. 3. 2024	L 4 SO 120/20	687
11. 4. 2024	L 7 AS 131/24 B ER	704
27. 5. 2024	L 3 SB 178/23 B	988

LSG Mecklenburg-Vorpommern

9. 2. 2023	L 4 R 79/17	44
6. 11. 2023	L 6 KR 46/23 B ER	185
7. 5. 2024	L 4 R 115/21	860
2. 7. 2024	L 5 U 42/18	934

LSG Niedersachsen-Bremen

26. 1. 2023	L 11 AS 346/22	59
3. 2. 2023	L 7 AS 229/21 B	75
17. 8. 2023	L 6 U 88/22	746
27. 9. 2023	L 2 BA 59/22	118
24. 1. 2024	L 2 R 156/23	499

LSG Rheinland-Pfalz

20. 7. 2023	L 3 AS 39/23 B	175
11. 12. 2023	L 2 U 27/23	391

LSG Sachsen

17. 4. 2023	L 10 AS 1044/20 B	84
17. 8. 2023	L 3 AL 187/17	262
11. 12. 2023	L 8 SO 61/23 B ER	586
10. 1. 2024	L 9 KR 84/23 NZB	634
18. 4. 2024	L 7 R 15/24 ZV	660
8. 5. 2024	L 3 BK 4/23	886
16. 5. 2024	L 7 AS 938/21	975

LSG Sachsen-Anhalt

26. 4. 2023	L 7 VE 14/18	138
24. 8. 2023	L 3 BA 28/21	219
21. 11. 2023	L 7 SB 17/23 B	371
24. 11. 2023	L 2 AS 302/23 B ER	428
28. 11. 2023	L 8 SO 46/21	778
19. 12. 2023	L 6 U 87/17	484
16. 2. 2024	L 8 SO 59/23 B ER	516
6. 3. 2024	L 2 AS 230/22	602
21. 5. 2024	L 2 AS 137/24	990
26. 6. 2024	L 6 U 19/23	937

LSG Schleswig-Holstein

6. 6. 2023	L 10	KR 14/23 B ER	1
11. 10. 2023	L 5	BA 19/19	669
20. 12. 2023	L 5	KR 10010/21	549

LSG Thüringen

11. 5. 2023	L 1	U 129/20	36
18. 7. 2023	L 1	JVEG 80/23	452
25. 7. 2023	L 1	JVEG 219/22	170
17. 8. 2023	L 2	KR 8/22	89
19. 10. 2023	L 1	U 631/22	308
9. 1. 2024	L 1	SF 76/23 E	806
25. 1. 2024	L 1	U 365/22	569

Sozialgerichte**SG Marburg**

27. 9. 2023	S 17	KA 22/21	192
12. 1. 2024	S 19	P 4/23	373

SG München

22. 3. 2023	S 38	KA 11/23 ER	6
25. 8. 2023	S 1	U 5011/23	105

SG Nordhausen

10. 8. 2023	S 12	SF 17/23 E	367
-------------	------	------------	-----

Sachregister

(alphabetisch nach Stichworten und Deskriptoren)

A

Abgeordneter des Deutschen Bundestags
946

abhängige Beschäftigung 118, 913

Abrechnungsprüfung durch Medizinischen Dienst 100

Absetzungsbetrag 813

Aktenherausgabe 269

allgemeine Krankenhausleistungen 808

Altersrente 44, 946

Altersrente, Doppelbezug 461

Alterssicherung der Landwirte 227

Altersversorgung der technischen Intelligenz 660

ambulante medizinische Rehabilitation
569

Amtsenthaltung eines Geschäftsführers
922

Anordnungsanspruch 720

Arbeitgeberwechsel 942

Arbeitsentgelt, nachträglich zugeflossenes 361

Arbeitslosengeldanspruch 265, 361, 710

Arbeitsumfeld mit abstrakter Gefahrelage 490

Arbeitsunfähigkeit 549

Arbeitsunfähigkeits-Folgefeststellung 637

Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung 207,
549

Arbeitsunfähigkeitsdaten, elektronische
Übermittlung 822

Arbeitsunfall 36, 105, 207, 304, 484, 649,
763, 937

ärztlicher Behandlungsfehler, Behauptung 934

Arztpraxis in Aufbauphase 553

Aufenthaltsrecht 428

Aufrechnungsverbot im Landesvertrag
200

Aufsichtsrecht 725

Aufwendungen für Instandhaltung und Reparatur am Wohneigentum 619

Ausbildungsabbruch 59

Auslegung von Landesrecht 778

Außenwohngruppe, Umzug in 586

Auswahlermessen, fehlerfreies 771

B

Bandscheibenerkrankung 834

Baumfällarbeiten auf Hofffläche 105

Bedarfe für Unterkunft und Heizung
530

Bedarfsgemeinschaft 602

Befangenheitsantrag 899

Befragungsrecht eines Verfahrensbeteiligten 36

Begutachtung durch MD 373

Beiladung des Vaters 326

Beiträge für nicht erwerbsmäßig tätige
Pflegepersonen 125

Beitragsausgleichsverfahren 934

Beitragsbemessungsgrenze KV 185

Beitragsrückstand, Berechnung 909

Beitragsübernahme zu privater KV 354

Beitragszuschläge, Kriterien 934

Bereicherungsanspruch von Krankenhaus
gegen niedergelassenen Arzt 808

bereicherungsrechtlicher Anspruch 808

berufliche Weiterbildung 980

Berufsausbildungsbeihilfe 262

Berufsausbildungsvertrag 262

Berufskrankheit „Von Tieren auf Menschen übertragbare Krankheiten“ 109

Berufskrankheit 834

Berufungsfrist 627

Berufungsverfahren 995

Beschädigtenversorgung 233

Beschwerde gegen Ordnungsgeldbeschluss 175

Beschwerde 720

Beschwerdewert 634

Besetzung des Gerichts 84

besondere Infektionsgefahr im Berufsumfeld 490

besondere Umstände nach JVEG 452

besondere Wohnform 586

Bestattungskosten 339

Bestattungskosten, Übernahme 339

Betriebsabteilung 152
Betriebsübergang 942
Bildungsgutschein für Weiterbildung 980
Blutspende 746
Borrelienerkrankung 109
Brustkrebs 133
Bürgergeld 530, 695

C

chirurgische Korrektur von Kielbrust 95
Corona-Impfung 677
Coronavirus 6

D

Datenschutzrecht 455
Dienstfahrt, Versicherungsschutz 391
dissoziative Identitätsstörung 233
doppelte Rechtshängigkeit 902
drittstaatsangehöriger Elternteil 428

E

E-Mail-Adresse der Behörde 998
Ehrenamt 937
ehrenamtliche Tätigkeit 849
ehrenamtlicher Betreuer 937
Eilfall 687
Eilverfahren 252
Einzelprix, Neugründung 553
elektronische Signatur 276
elektronischer Dokumente 276
elektronischer Rechtsverkehr 546
elektronisches Behördenpostfach 468
elektronisches Dokument 546
elektronisches Gerichts- und Verwaltungspostfach 80
Elterngeld Plus 418
Elterngeld 144
Entschädigung von Beteiligten für Teilnahme am Erörterungstermin 452
Entschädigungsklage wegen unangemessener Verfahrensdauer 178
Entziehung von Leistungen 959
Erbschaft, Ausschlagung 339
Ermessensentscheidung des Beschwerdegerichts 175
Eröffnung des Sozialrechtswegs 455
Ersatzzustellung einer Ladung 371
Erstattung durch den Bund 778

Erstattungsanspruch der Krankenkasse 200
Erstattungsansprüche gem. § 105 SGB X 304
Erwerbsminderungsrente 602
Erzieherin in Waldkindergarten 109
existenzsichernde Leistungen 959

F

fachärztliche Versorgung, partielle Teilnahme 283
Fahrtkosten anlässlich Gerichtstermin 452
Fallpauschalenvereinbarung 475
familienangehöriges Kind als Unionsbürger 428
Familiengeld 418
Familienlastenausgleich 886
Familienleistungen, Vergleichbarkeit 418
Familienversicherung 10
fehlerhaftes Erstattungsbegehren einer Krankenkasse 207
Fluchtkette 164
Formerfordernis des Widerspruchs 276
Fragerecht, Rechtsmissbräuchlichkeit 573
Frauenhaus, Aufenthalt 164
freiwillige Mitgliedschaft in KV, Beiträge 185
Fremdgeschäftsführer 118

G

Gebührenermäßigung 446
Geh-GdB-Bildung 50
Gehvermögen in nicht vertrauter Umgebung 345
geistige Entwicklung eines Kindes 886
Generalunternehmerhaftung 538
Gerichtskostenbefreiung 806
gerichtskostenfreies Verfahren 627
Gesamteinkommen, monatliches 10
Gesamtschuldner, Inanspruchnahme 771
geschlechtsspezifisches Diskriminierungsverbot 144
Gesellschafter-Geschäftsführer 913
Gesundheitsstörung auf psychiatrischem Gebiet 36
GKV-Mitgliedschaft 1
Gleichbehandlungsgrundsatz Wehrdienst 410

GmbH-Geschäftsführer 118
Grad der Behinderung 133, 875
grober Amtspflichtverstoß 922
Grundsicherung für Arbeitsuchende 67,
164, 247, 354, 437, 607, 619, 894, 965,
975
Grundsicherung für Arbeitsuchende, Trä-
ger 806
Gutachten, unverwertbares 397
Gutachtenauftrag 170

H

haftungsbegründende Kausalität 834
Handwerksrolle, fehlende Eintragung
219
Hepatitis-B-Infektion als Berufskrank-
heit 490
Herabsetzungsverfahren 133
Hilfsmittelaufnahme in das Hilfsmittel-
verzeichnis 277
Hinzuverdienstgrenze, Überschreitung
44, 710
Hofabgabeverpflichtung 227

I

immatrikulierte Promotionsstudentin 753
Impfkomplikation 677
Impfung 138
Insolvenz des Subunternehmers 538
Insolvenzgeldanspruch des Generalunter-
nehmers 538
intensivmedizinische Komplexbehand-
lung 89
Investitionsaufwendungen 516

J

Jahresfrist 965, 975
Jobcenter, fehlende Dienstbereitschaft
265

K

Kann-Versorgung 138
Kfz-Haftpflichtversicherung 602
Kinder- und Jugendärzte 283
Kindererziehung in Polen bei einem El-
ternteil 326
Kindererziehungszeiten 326
Kindererziehungszeiten, Anerkennung
von 326

Kindergeld 886
Klagerücknahme 446
Kleiner Senat 995
kommunaler Kindergarten 849
Kosten des Beigeladenen 446
kostenerstattungsberechtigter Beteiligter
992
Kostenübernahme bei weiterer OP 95
Kostenübernahmeanspruch, kein unbe-
grenzter 704
Krankengeldanspruch 549, 637, 822
Krankengeldanspruch, Ruhen 822
Krankenhaus, Vergütungsforderungen
200
Krankenhausbehandlung als Notfall 687
Krankenhausvergütung 89, 475, 563, 642,
733
Krankenversicherung 185, 909
Krankenversicherungsschutz 1
Krankheitswert eines Erkrankungsrisikos
294
Kreuzbandteillriss 484
Kurzarbeitergeld 152
kurze Ehedauer 860

L

ladungsfähige Anschrift 607
landwirtschaftliches Unternehmen 105
Langliegerzuschlag bei Krankenhausbe-
handlung 100
Leistungen zur Sicherung des Lebensun-
terhalts, Antrag 252
Leistungsausschluss für Ausländer 520,
894
Leistungserbringer gem. Coronavirus-
TestV 6

M

mediz. Begründung für Dauer der Kran-
kenhausbehandlung 100
Medizinischer Dienst 922
medizinisches Hilfsmittel 277
Medizinisches Versorgungszentrum, Zu-
stellung 371
Meldeaufforderung 695
Menschen mit schweren psychischen Be-
einträchtigungen 17
Merkzeichen aG 50, 345

Mietkaution als Darlehen, Übernahme 530
Missbräuchlichkeit der Rechtsverfolgung 75
Missbräuchlichkeit, Darlegung 75
mitarbeitender Gesellschafter einer GmbH 508
mitarbeitender Gesellschafter, kein Unfallversicherungschutz 508
Miteigentumsanteil an Hausgrundstück 789
Mitgliedschaft in der GKV 1
Mitwirkungspflicht 959
mobilitätsbezogene Teilhabebeeinträchtigung 50
mobilitätsbezogener Mindest-GdB 345
Morbus Crohn 875
Multiple Sklerose 138

N

„Nachbefundung“ radiologischer Unterlagen 170
Nachforderung von Sozialversicherungsbeiträgen 219
nachträglich zugeflossenes Arbeitsentgelt 361
Nachweispflichten 67
Nahtlosigkeit von Beschäftigtenversicherung und Krankengeldansprüchen 1
Nichtzulassung der Berufung 634
Notarzt im Rettungsdienst 669
Notarzt in Krankenhausbetrieb, Eingliederung 669
Nothilfe 308, 520
Nullfestsetzung 67
Nutznachweis der Funktionen eines Hilfsmittels 277

O

obdachlose Verfahrensbeteiligte 607, 720
objektivierte Handlungstendenz 316
offensichtlicher Rechtsmissbrauch 899
OPS-Kode 89
Ordnungsgeld wegen unterbliebener Aktenrücksendung 269
Ordnungsgeld 175, 269, 371
Organtransplantation, medizinisch erforderliche 563

P

pädiatrische Gebührenordnungsposition 283
Parallelverfahren 902
partielle Teilnahme an fachärztlicher Versorgung 283
Patientenverlegung 733
Patientenverlegung, sachliche Gründe 733
Personalkostenerstattung für Vollzug des SGB II 437
persönliche Arbeitslosmeldung 265
Pflege, Beteiligung privater Dritter 725
Pflegegeld, Antrag 461
Pflegekasse 725
Pflicht zur Ratenzahlung 988
pflichtwidriges Verwaltungshandeln 499
PKH-Antrag 627
PoC-Antigen-Test 6
Pool-Arzt 866
Prävalenzprüfung 192
Private Pflegeversicherung 828
Prognoseentscheidung der Krankenkasse 10
Prozesskostenhilfe 367, 988
Prozesskostenhilfe, Zeitpunkt der Beantragung 367
psychiatrische Institutsambulanz 17
psychosomatischen Grundversorgung 192

R

Rechtsanwaltsvergütung 367
Regelaltersrente aufgrund Wegfalls der Hofabgabeverpflichtung 227
Rehabilitationseinrichtung 569
Rente wegen Erwerbsminderung 397
Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit 573
Rente wegen voller Erwerbsminderung 710
Rentenbeitragszahlungspflicht, unverschuldete Unkenntnis 125
Rentenberechnung 44
Retaxierung 813
Reversed-NUSS-Methode 95
Rezepturzuschlag 813
Richterliche Unabhängigkeit 899

Rückforderung einer überzahlten Rente
771

Ruhen der Zulassung als Vertragsarzt
378

Ruhen des Leistungsanspruchs 909

Ruhensregelung, Verfassungsmäßigkeit
946

S

Sachverständigengutachten 397

Sachverständigenvergütung 170

SARS-CoV-2-Infektion 649

Schadenersatz nach der Datenschutz-
Grundverordnung 455

Scheinurteil 990

Schenkungsrückforderungsanspruch 594

Schiedsstellenentscheidung 516

Schiedsstellenverfahren 516

Schutz des ungeborenen Kindes 294

schwangerschaftsbedingte Arbeitslosig-
keit 144

schwangerschaftsbedingtes Beschäfti-
gungsverbot 894

selbst erbringbare Leistung 642

selbst genutztes Hausgrundstück 619

selbstbeschaffte Heilbehandlungsleistun-
gen 746

selbstorganisierte Bergwerkerkundung
753

selbstständige Tätigkeit 913, 942

sexuelle Misshandlung in der Kindheit
233

Sicherung des Existenzminimums 252

Signatur, qualifizierte elektronische 276

Soziale Pflegeversicherung 461

sozialgerichtliches Verfahren 247, 806

Sozialhilfe 594

Sozialhilfeträger, mangelnde Kenntnis
687

Sozialversicherungspflicht bzw. -freiheit
508

Sozialversicherungspflicht 219, 866

sozialwidriges Verhalten 59

Statusfeststellung Notarzt 669

Streitwertbeschwerde 992

Streitwertfestsetzung 992

Studierendenversicherung 753

Syndikusanwalt für eine Behörde
468

T

Teilhabe am Arbeitsleben 499

Telefax 80

Transplantation, Dringlichkeit 563

U

Überbrückungsleistungen an Unionsbür-
ger 520

Übergangsgeld 499

Übergangsvorschrift des § 80 Abs. 2
SGB II 965, 975

überlanges Gerichtsverfahren 178

Überleitungsanzeige 594

Überleitungsvertrag 660

Übermaßverbot 59

Übermittlung elektronischer Dokumente
80, 276

Übertragungsbeschluss 995

Umzugshilfen 586

Unfall auf Weg zur Tankstelle 391

Unfallversicherungsschutz 308, 569, 849

unrichtige Rechtsmittelbelehrung 634

Untätigkeitsklage 373

Unterbrechung des versicherten Schul-
wegs 316

unterbrochener Betriebsweg 391

Unternehmen ohne inländischen Sitz des
Betriebes 152

Unterschenkelvenenthrombose 677

Urteil ohne Namenswiedergabe des Rich-
ters 546

Urteilsauslegung 484

V

Verfahrensabschluss durch Klagerück-
nahme 178

Verlegung in anderes Krankenhaus 733

Verlegung nach Fallpauschalenvereinba-
rung 468

Verletztengeldzahlung 304

Verletztenrente 763

Verletztenrentenerhöhung bei Verschlim-
merung der Gesundheitsschäden 763

Verletzung von Nachweispflichten 67

Vermögen des Grundsicherungsberech-
tigten 789, 789

Verschuldungskosten 75

Versicherter, rechtzeitiges Tätigwerden
637

Versicherungspflicht, Feststellbarkeit für
Pflegekasse **125**
Versorgung mit nicht zugelassenem Arz-
neimittel **294**
Versorgungsauftrag des Krankenhauses
642
Versorgungssehe **860**
Versorgungsmedizinische Grundsätze **50**
vertragsärztliche Tätigkeit, Zulassungs-
entziehung wegen Nichtausüben **378**
vertragsärztliche Vergütung **553**
vertragsärztliche Versorgung **378**
Vertragsarztrecht **192**
vertragszahnärztlicher Notdienst **866**
Verwaltungsakt mit Drittwirkung **902**
Verwaltungsvollstreckung **247**
Verzeichnis der Berufsausbildungsver-
hältnisse **262**
Verzinsung der Rentennachzahlung **227**
Verzinsung, Arbeitslosengeldnachzah-
lung **361**
videogestützte Türöffnungsanlage **828**
Volkseigener Betrieb (VEB) **660**
volle Erwerbsminderung **778**
vollständige Rechtsbehelfsbelehrung **998**

W

Wegefähigkeit **573**
Wegeunfall **316**
Wehrdienst in der DDR **410**
Wehrdienstzeiten in den alten Bundeslän-
dern **410**
Weiterbildungsprämie **980**
Widerspruchsfrist, Versäumung **998**
Widerspruchsverfahren, Verschleppung
373
Wie-Beschäftigter **308**
Wiederaufnahmen in dasselbe Kranken-
haus **475**
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
84
Wiedereinsetzungsantrag **84**
Witwenrente **860**
wohnumfeldverbessernde Maßnahme **828**
Wohnungslosigkeit **704**

Z

zahnärztliche Behandlung **746**
Zuschusshöhe nach SGB II **354**
Zustellungsmängel **990**
Zwangsräumung **704**

Abkürzungen

AAG	Aufwendungsausgleichsgesetz
a.a.O.	am angegebenen Ort
AAÜG	Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
AEVO	Arbeitserlaubnisverordnung
a.F.	alte Fassung
AFG	Arbeitsförderungsgesetz (siehe SGB III)
AGB	Arbeitsgesetzbuch der DDR
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AKG	Allgemeines Kriegsfolchengesetz
ALG	Gesetz über die Alterssicherung der Landwirte
Alg	Arbeitslosengeld
Alg II-V	Arbeitslosengeld II/Sozialgeld-Verordnung
AlhiV	Arbeitslosenhilfeverordnung
AltTZG	Altersteilzeitgesetz
AMG	Arzneimittelgesetz
AMPreisV	Arzneimittelpreisverordnung
ÄndG	Änderungsgesetz
AN	Amtliche Nachrichten des Reichsversicherungsamtes
ANBA	Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit
AnhP	Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit
Anm.	Anmerkung
AnpG	Anpassungsgesetz
AntiDHG	Anti-D-Hilfegesetz
AnVNG	Angestelltenversicherungs-Neuregelungsgesetz
AO	Abgabenordnung
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
ApBetrO	Apothekenbetriebsordnung
ApoG	Gesetz über das Apothekenwesen
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel
ArV	Arbeiterrentenversicherung (siehe SGB VI)
ArVNG	Arbeiterrentenversicherungs-Neuregelungsgesetz
Ärzte-ZV	Ärzte-Zulassungsverordnung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AusglV	Ausgleichsrentenverordnung
AVAVG	Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung
AV	Angestelltenversicherung
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz (siehe SGB VI)
Az.	Aktenzeichen
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAföG	Bundesausbildungsförderungsgesetz

BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des BAG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtenengesetz
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BeamtVG	Beamtenversorgungsgesetz
BeitrZV	Beitragszahlungsverordnung
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Bek.	Bekanntmachung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
ber.	berichtigt
BGBI.	Bundesgesetzblatt (Teil I, Teil II, Teil III)
BEeG	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
Beschl.	Beschluss
BErzGG	Bundeserziehungsgeldgesetz
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesversicherungsanstalt für Angestellte
BG	Berufsgenossenschaft
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (amtliche Sammlung; Band/S.)
BGSW	Berufsgenossenschaftliche stationäre Weiterbehandlung
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BK	Berufskrankheit
BKK	Betriebskrankenkasse
BKV	Berufskrankheitenverordnung
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMV-Ä	Bundesmantelvertrag Ärzte
BMV-Z	Bundesmantelvertrag Zahnärzte
BPfIV	Bundespflegesatzverordnung
br	Behinderung und Recht (Zeitschrift)
BR	Bundesrat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung
Breith.	Breithaupt, Sammlung von Entscheidungen aus dem Sozialrecht (Zeitschrift)
BSchA/BSA	Berufsschadensausgleich
BSeuchG	Bundesseuchengesetz (siehe IfSG)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des BSG (amtliche Sammlung; Band/S.)
BSHG	Bundessozialhilfegesetz (siehe SGB XII)
BT	Bundestag
BUrlG	Bundesurlaubsgesetz
BVBl./BArBl.	Bundesversorgungsblatt/Bundesarbeitsblatt (Heft-Nr./Jahr/S.)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG (amtliche Sammlung; Band/S.)

BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
d.h.	das heißt
DISVA	Deutsch-israelisches Sozialversicherungsabkommen
Drs./Drucks.	Drucksache
DRV	Deutsche Rentenversicherung
DV/DVO	Durchführungsverordnung
EBM-Ä	Einheitlicher Bewertungsmaßstab für vertragsärztliche Leistungen
EFZG	Entgeltfortzahlungsgesetz
EG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EKK	Ersatzkrankenkasse
EKV-Ä	Ersatzkassenvertrag – Ärzte
EKV-Z	Ersatzkassenvertrag – Zahnärzte
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
erk.	erkennend(er)
ErwZulG	Gesetz über die erweiterte Zulassung von Schadensersatzansprüchen bei Dienst- und Arbeitsunfällen
EStG	Einkommensteuergesetz
EuM	Entscheidungen und Mitteilungen des Reichsversicherungsamtes
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FELEG	Gesetz zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbsfähigkeit
FEVS	Fürsorgerechtliche Entscheidungen der Verwaltungs- und Sozialgerichte (Zeitschrift; Band/S.)
FLS	Fachleistungsstunde
FRG	Fremdrentengesetz
GAL	Gesetz über eine Altershilfe für Landwirte
GBA	Gemeinsamer Bundesausschuss
Gbl.	Gesetzblatt
GdB	Grad der Behinderung
GdS	Grad der Schädigungsfolgen
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
GKG	Gerichtskostengesetz
GOÄ	Gebührenordnung für Ärzte
GRG	Gesundheitsreformgesetz
GOZ	Gebührenordnung für Zahnärzte
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
HGB	Handelsgesetzbuch
HHG	Häftlingshilfegesetz
HkG	Heimkehrergesetz
HStruktG	Haushaltsstrukturgesetz
HwO	Gesetz zur Ordnung des Handwerks – Handwerksordnung
HwVG	Handwerkerversicherungsgesetz
IfSG	Infektionsschutzgesetz
i.d.F.	in der Fassung
info also	Informationen zum Arbeitslosen- und Sozialhilferecht (Zeitschrift)

InsO	Insolvenzordnung
IQWiG	Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen
i.S.	im Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
JAV	Jahresarbeitsverdienst
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JVEG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
Kaug	Konkursausfallgeld
KFürsV	Kriegsopferfürsorge-Verordnung
KfzHV	Verordnung über Kraftfahrzeughilfe zur beruflichen Rehabilitation
KHEntgG	Krankenhausentgeltgesetz
KHG	Krankenhausfinanzierungsgesetz
KK	Krankenkasse
KO	Konkursordnung
KOF	Kriegsopferfürsorge
KOV	Kriegsopferversorgung
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSVG	Künstlersozialversicherungsgesetz
KVÄG	Krankenversicherungsänderungsgesetz
KV	Krankenversicherung
KVdL	Kranken- und Pflegeversicherung der Landwirte
KVdR	Krankenversicherung der Rentner (siehe SGB VI)
KVLG	Gesetz über die Krankenversicherung der Landwirte
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LAK	Landwirtschaftliche Alterskasse
LFZG	Lohnfortzahlungsgesetz
LKK	Landwirtschaftliche Krankenkasse
LSG	Landessozialgericht
LVA	Landesversicherungsanstalt
MdE	Minderung der Erwerbsfähigkeit
MDK	Medizinischer Dienst der Krankenkassen
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht (Zeitschrift)
MPG	Medizinproduktegesetz
MuSchG	Mutterschutzgesetz
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
m.W.v.	mit Wirkung vom
Nds.	Niedersachsen
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
NOG	Neuordnungsgesetz
Nr(n).	Nummer(n)
NRW	Nordrhein-Westfalen
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
NZI	Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrecht
NZS	Neue Zeitschrift für Sozialrecht
OEG	Opferentschädigungsgesetz
OrthV	Orthopädieverordnung

OVA	Obersversicherungsamt
PflegeVG	Pflege-Versicherungsgesetz
PsychThG	Psychotherapeutengesetz
RAG	Rentenanpassungsgesetz
RAM	Reichsarbeitsminister/ium
RAV	Rentenanpassungsverordnung
RBerG	Rechtsberatungsgesetz
RDG	Rechtsdienstleistungsgesetz
RdNr.	Randnummer
RehaAnglG	Gesetz über die Angleichung der Leistungen zur Rehabilitation (siehe SGB IX)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RKG	Reichsknappschaftsgesetz
RRG	Rentenreformgesetz
RSaV	Risikostrukturausgleichsverordnung
RSV	Regelsatzverordnung
RückHG	Rückkehrhilfegesetz
RÜG	Renten-Überleitungsgesetz
RV	Rentenversicherung
RVA	Reichsversicherungsamt
RVG	Rechtsanwaltsvergütungsgesetz
RVO	Reichsversicherungsordnung
S.	Seite
SächsVBl.	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SchwBdV	Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz (siehe SGB IX)
SG	Sozialgericht
SGB	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SGB	Sozialgesetzbuch (I Allgemeiner Teil, II Bürgergeld, Grund- sicherung für Arbeitsuchende, III Arbeitsförderung, IV Gemein- same Vorschriften für die Sozialversicherung, V Gesetzliche Krankenversicherung, VI Gesetzliche Rentenversicherung, VII Gesetzliche Unfallversicherung, VIII Kinder- und Jugend- hilfe, IX Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behin- derungen, X Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdaten- schutz, XI Soziale Pflegeversicherung, XII Sozialhilfe, XIV So- ziale Entschädigung)
SGG	Sozialgerichtsgesetz
SozR	Sozialrecht (Entscheidungen des BSG; Loseblattwerk)
StGB	Strafgesetzbuch
StPO	Strafprozessordnung
StrRehaG	Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SV	Sozialversicherung
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung
SVG	Soldatenversorgungsgesetz
SVLFG	Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau
SVwG	Selbstverwaltungsgesetz
TPG	Transplantationsgesetz

TWZ	Thannheiser/Wende/Zech, Handbuch des Bundesversorgungsrechts (Vorschriften mit Hinweisen und BSG-Leitsatzsammlung zu Sozialer Entschädigung und Rehabilitation; Loseblattwerk)
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
u.a.	unter anderem
Urt.	Urteil
USK	Urteilssammlung für die gesetzliche Krankenversicherung
UV	Unfallversicherung
UVNG	Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
VAHRG	Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich
VBG	Verwaltungs-Berufsgenossenschaft
VBlBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg (Zeitschrift)
VersMedV	Versorgungsmedizin-Verordnung
vgl.	vergleiche
VO/V	Verordnung
VuVO	Versicherungsunterlagen-Verordnung
VV	Verwaltungsvorschrift
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwRehaG	Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz
WDB	Wehrdienstbeschädigung
WFVG	Wehrmachtsfürsorge- und Versorgungsgesetz
WGSVG	Gesetz zur Regelung der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in der Sozialversicherung
Zahnärzte-ZV	Zahnärzte-Zulassungsverordnung
z.B.	zum Beispiel
ZfF	Zeitschrift für das Fürsorgewesen
ZfS	Zentralblatt für Sozialversicherung, Sozialhilfe und Versorgung (Zeitschrift für das Recht der Sozialen Sicherheit)
ZfSH/SGB	Zeitschrift für Sozialhilfe und Sozialgesetzbuch
ZDG	Zivildienstgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRBG	Gesetz zur Zahlbarmachung von Renten aus Beschäftigung in einem Ghetto
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen



Präzise Darstellung für Arbeitsrechtler.



WWW.BOORBERG.DE

Schnittstelle Arbeits- und Sozialrecht

Leitfaden mit Praxistipps

von Julia Pfeffer, Richterin am Sozialgericht Gießen

2024, 184 Seiten, € 42,-

ISBN 978-3-415-07678-5



Leseprobe unter
www.boorberg.de/9783415076785

Die Schnittstellen zwischen Arbeits- und Sozial(versicherungs-)recht sind vielfältig – ihre rechtliche Einordnung und Anwendung auf konkrete Sachverhalte bereitet regelmäßig Schwierigkeiten. Vor allem in der arbeitsrechtlichen Praxis führt dies häufig dazu, dass Gestaltungsmöglichkeiten nicht genutzt und versicherungsrechtliche Folgen nicht bedacht werden. Auch Stolperfallen werden meist nicht gesehen und Vergleiche mit falscher Erwartung geschlossen. Solche Fehler zu vermeiden, ist Zweck dieses Buches.

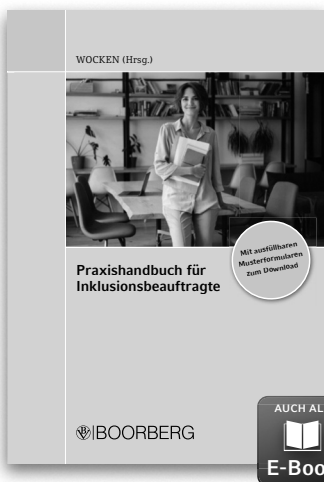
Stringent nach Sozialrechtsgebieten behandelt die Autorin die **relevantesten arbeitsrechtlichen Schnittstellen** und gibt Tipps anhand konkreter Beispiele, die alle aus dem Praxisalltag stammen. Neben diesen Beispielen bietet das Buch auch eine auf den Arbeitsrechtler zugeschnittene, sozialrechtliche Checkliste für die Bearbeitung von Beendigungssachverhalten.

 **BOORBERG**

RICHARD BOORBERG VERLAG
BESTELLUNG@BOORBERG.DE

TEL 0711/7385-343 FAX 0711/7385-100

SC1224



**Alles, was
Inklusionsbeauftragte
wissen müssen.**

**Wocken (Hrsg.)
Praxishandbuch für
Inklusionsbeauftragte
2024, 210 Seiten, € 59,-
ISBN 978-3-415-07652-5**

RICHARD BOORBERG VERLAG
BESTELLUNG@BOORBERG.DE TEL 07 11/7385-343 FAX 07 11/7385-100

SC1124

WWW.BOORBERG.DE